

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. jährlich. Einzelnummern 20 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Geschäftsstelle: Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Angelagerter Preis: Bei 2 gepaltene Nummern 20 Pf., die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., die 3 gepaltene Nummern 30 Pf., die 1 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Pf. Anzeigenpreis: Bei 2 gepaltene Nummern 20 Pf., die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., die 3 gepaltene Nummern 30 Pf., die 1 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Pf. Anzeigenpreis: Bei 2 gepaltene Nummern 20 Pf., die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., die 3 gepaltene Nummern 30 Pf., die 1 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Pf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 223 — 90. Jahrgang Telegr.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 24. September 1931

Der hilflose Völkerbund.

Man solle dieser „totalen Angelegenheit“ keine übertriebene Bedeutung beimessen, hat der japanische Delegierte beim Völkerbund geäußert, als die ersten Nachrichten über den Zusammenstoß in der Mandchurie auch nach Gen gelangt waren und es dort zu „Erklärungen“ der beiden beteiligten Mächte kam. Wie hoch aber die Flammen bereits im Fernen Osten inzwischen emporgeleitet sind und welche Opfer sie gefordert haben, ist deswegen recht schwer zu sagen, weil man Nachrichten von dort immer mit einigem Mißtrauen aufnehmen muß. Daß der Konflikt aber mit militärischen Kräften läßt sich nicht mehr beschränken wird, ist auch in Gen gar nicht mehr bestritten worden, — nur hat auch dies den Völkerbund nicht zu einem wirklichen Einschreiten veranlassen können.

Aber es gab doch den Anstoß wenigstens zu einer Ansprache in Gen, in der — mit nicht gerade origineller Worten — wie üblich die „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedens betont“ wurde. China hatte sich als Mitglied des Völkerbundes in einer Note über das militärisch-kriegerische Vorgehen Japans, auch eines Völkerbundmitgliedes, beschwert und das schnelle Eingreifen des Bundes gemäß Artikel 11 seiner Satzung verlangt. Dieser Artikel handelt davon, daß jeder Krieg und jede Kriegsdrohung eine den ganzen Völkerbund angehende Angelegenheit sei und der Bund alle Maßnahmen treffen müsse, die zur Erhaltung des Völkerfriedens geeignet seien. Eigentlich schließt man doch in der Mandchurei ein bisher aufeinander, auch die Flugzeuge treten in entsprechende Tätigkeit. Japan scheint außerdem aus dem von ihm annektierten Korea neue Truppen dem Kampfgebiet zuzuführen, und ganz still und ohnmächtig scheinen sich die Chinesen nicht zu verhalten, sondern sich, so gut oder so schlecht sie es vermögen, doch ihrer Haut zu wehren, was man ihnen ja auch nicht verdenken kann. Denn es gibt zwar ein paar internationale Verträge, die die Nachbarverhältnisse im Fernen Osten, besonders in der Mandchurei, regeln, aber mit solchen Verträgen hat China bisher schon recht sonderbare Erfahrungen gemacht. Wenn Japan seine mandchurischen Interessen „bedrohlich“ glaubt — seit Jahren ergießt sich in das dünnbesiedelte Gebiet ein Strom chinesischer Einwanderer von den überfüllten Gebieten Chinas her —, so hätte es ja formell eigentlich doch den Weg über den Völkerbundrat gehen sollen. In Gen war man — auf Grund desselben Artikels 11 — jedenfalls zum Eingreifen sehr rasch entschlossen, als das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt nach französischer Auffassung „geeignet war, die internationalen Beziehungen zu verübeln und in der Folge das gute Einvernehmen unter den Nationen zu bedrohen“!

Mit dem japanisch-chinesischen Konflikt ist man in Gen nun aber anders verfahren. Der Beschluß hierfür sagt an sich schon genug: Der Völkerbundrat verurteilt die Geschichte und wird sich „möglichst bald“ wieder mit dem Konflikt befassen. Was natürlich wohl nur heißt: Man läßt ganz die Finger davon. Und empfiehlt nur dringlichst, daß die beiden Mächte sich allein einigen und vertragen, „im Geist des Völkerbundes“, wie der englische Vertreter Lord Cecil äußerte. Man nennt das in der Sprache der Diplomaten: Der Völkerbundrat bietet seine guten Dienste an.“ Dabei ist freilich noch eine besondere, mehr formelle als tatsächliche Schwierigkeit vorhanden: Die Vereinigten Staaten sind an den Nachbarverhältnissen im östlichen und nördlichen China stark interessiert, sind auch an den Verträgen beteiligt, jedoch — nicht Mitglied des Völkerbundes! Amerika verlangt im Fernen Osten aber nur die berühmte „offene Tür“ und ist heute allein in der Lage zu verhindern, daß die Japaner durch ihr Vorgehen diese Tür den anderen Mächten vor der Nase zuschlagen.

Im Norden lauern außerdem die sowjetrussische Sphäre, die von irgendwelchen diplomatischen „Schemungen“ überhaupt nicht bedrückt wird und einfach mit Gewalt den Konflikt um die Ostchinesische Bahn löse. Mit Gewalt und mit Erfolg. Ganz unrecht hat Japans Vertreter in Gen auch wieder nicht, wenn er äußert, in der Mandchurei sei eine Atmosphäre geschaffen, die sich von Europa aus „nur schwer übersehen“ lasse. Sie läßt sich aber sicherlich kaum als erfreulich bezeichnen. Und zwar schon seit dreißig Jahren nicht. Das ist auch dem Völkerbundrat nicht gerade unbekannt, jetzt auch sehr unbequem. Ein „Status“ zu besitzen, aber es nicht zu verwirklichen, was es nottut, ist aber wohl noch unbequemer, freilich auch nicht mehr — ungewohnt. Man läßt sich in Gen daher lieber vor die vollendeten Tatsachen stellen, als vorher die Finger in solche Machtaneinandergerungen hineinzustecken.

Not und Notverordnung.

Nun kennt man die Notverordnung der sächsischen Regierung, um die bis zum letzten Augenblick das Geheimnis gewahrt wurde. Warum die Regierung die Öffentlichkeit nicht her unterrichtete, zu dem Augenblick nämlich, in dem ihre Pläne schiefgingen, und das ist immerhin schon eine Woche her — was wird ebenfalls ihr Geheimnis bleiben. Erreicht hat sie damit nur, daß allerlei Gerüchte entstanden sind, daß eine Beunruhigung wuchs, die sich leicht hätte vermeiden lassen,

Die Lüge des Wirtschaftssystems

Flandin zu den internationalen Finanzproblemen.

Der französische Finanzminister Flandin nahm in Wirtschaftsausschuß der Völkerbundversammlung in einer größeren Rede zu den aktuellen internationalen Finanzproblemen Stellung.

Die internationale Krise sei in ihrer gegenwärtigen Schärfe und Ausdehnung in der vorjährigen Vollversammlung noch nicht vorhergesehen worden.

Seit dem Zusammentritt der diesjährigen Völkerbundversammlung sei eines der mächtigsten und reichsten Länder der Welt von der Krise erfaßt worden. Er habe jedoch volle Vertrauen, daß dieses Land die Krise überwinden werde.

Die Frage sei heute, ob man den Pessimismus liegen lasse und an den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems glaube und daran, daß dieses System auf einer schlechten Grundlage aufgebaut sei. Er lehne diese Auffassung energisch ab.

Das gesamte Wirtschaftssystem der Nachkriegszeit sei auf Lüge und Demagogie aufgebaut.

Die Inflation der Budgets, der Finanzgebarung der Regierungen, der Länder, der Gemeinden und der einzelnen Individuen seien ins Übermaß gewachsen. Die Produktion sei bis ins Übermaß gesteigert. Die Staatsausgaben einzelner Länder seien verdreifacht und vervierfacht. Als kein Geld vorhanden gewesen sei, habe man

Hypothesen für die Zukunft

angenommen. Kredite wurden in einem Ausmaß aufgenommen, die in keiner Weise mit den tatsächlichen Interessen und Bedürfnissen in Einklang standen. Ein Land verarmte durch Arbeitslosigkeit, ein anderes Land durch Überverlängerung und ein drittes durch einen herbeimehrten Abschluß vom ausländischen Arbeitsmarkt. Niemals ist soviel von der Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Regierungen und Völkern geredet worden.

Niemals ist jedoch in einer Krise so egoistisch eine Lösung unabhängig von dem Wohlergehen der anderen gesucht worden. Wenn von Sicherheit geredet wurde, so dachte jeder nur an sich, wenn von Abdrückung geredet wurde, so dachte jeder nur an den anderen.

Es hat die Auffassung beherrscht, daß ein Verschwinden der internationalen Schulden und der Reparationen eine wesentliche Erleichterung der internationalen Lage herbeiführen würde. Ich glaube nicht daran.

Der Bericht der Baseler Sachverständigen zeigt vielmehr, daß die Krise in Deutschland ihre Ursache nicht in den Reparationszahlungen, sondern in der plötzlichen Zurückziehung der kurzfristigen Kredite hat.

Aber man könne unmöglich den Banken, die kurzfristige Kredite gegeben haben, Vorwürfe wegen der Zurückziehung der Kredite machen, wenn sie dieser Kredite selbst bedürftig waren.

Es sei durchaus vertretlich, anzunehmen, daß die Aufhebung der Reparationszahlungen zu einer Gesamtlösung führen würde. Es sei auch höchst fraglich, ob durch eine Diktatorisierung der Finanzgebarung ein

vonn man etwa ähnlich verfahren wäre, wie kurz vorher die reichliche Regierung. Aber nun ist diese Verordnung in allen Einzelheiten bekannt — und trotzdem herrscht in weiten Kreisen eine Verwirrung, weil das, was sie bringt, vielfach eben doch bedeutend weiter geht, als man beirräuten mußte.

Damit kann man wohl zufrieden sein, daß die Notverordnung mandes von dem ausführt, was der Ministerpräsident, als er noch Präsident des Staatsrechnungshofes war, mit einer „Denkschrift zur sächsischen Verwaltungsreform“ im Jahre 1927 vorgeschlagen hat. Das betrifft also die Zusammenlegung der Amtshauptmannschaften Dresden und Bautzen, mehrere Amtshauptmannschaften und Amtsgerichte, die Einhebung von Forst- und Wandämtern und des Landesstriminalamtes, wenn dabei auch zuzugeben ist, daß die jeweils betroffenen Orte keinen Anlaß zur Begeisterung haben. Zu billigen ist weiter auch die Umwandlung der „sächsischen Staatsleitung“ in ein reines Bekanntmachungsblatt und die Übertragung von Zuständigkeiten auf nachgeordnete Behörden. Das schließt auch Bestimmungen über die Ordnung der Gemeindehaushalte kommen, und dabei die Eingriffsmöglichkeiten der Staatsgewalt vermehrt werden würden, ist auch nicht überaschend.

Mit Bedenken muß man sich dagegen die beträchtliche Erhöhung der Schlachthaus ansehen. Ob sie wirklich das Fiehlch nur um 1 bis 15 Pf. verteuern wird, wie der Ministerpräsident versichert hat? Auch die Erhöhung der Stempelsteuer und der Gerichts- und Verwaltungskosten muß alles andere als Freunde erregen. Bei den tief einschneidenden Maßnahmen im Schulwesen ist besonders der zu erwartende Abbau von Junglehren bedauerlich. Bisher war Sachsen stolz darauf, daß es keine Junglehrernot kannte! Abzulehnen ist die gewaltige Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen, die Erhöhung der Studiengebühren an den Hochschulen und die Einführung eines Schulgeldes an den Klassen des 9. und 10. Volksschuljahres. Wie soll das alles ein Vater schaffen können, der in diesem Jahre auch noch die vierfache Bürgersteuer zahlen darf und schließlich auch noch von einer neuen Gehaltskürzung betroffen wird?

Auch gegen diese neue Gehaltskürzung der Staats- und Gemeindebeamten, die sich bis zu 7 und 9 Prozent steigert, müssen schwere Bedenken vorgebracht werden. Man darf dabei nicht verkennen, daß ihr schon drei andere Gehaltskürzungen voraufgegangen sind, daß die Gesamtabzüge sich nunmehr schon

Stückzahl der zurückgezogenen Kapitalien stattfinden würde. Die Stückzahl der Kapitalien werde erst stattfinden, wenn eine allgemeine Befriedung auf allen Gebieten eingetreten sei.

Flandin befähigte sich sodann eingehend mit dem internationalen Goldproblem. Er verteidigte hierbei energisch die französische Regierung gegen die vielfach erhobenen Vorwürfe einer unberechtigten Anhäufung der Goldvorräte. Es treffe durchaus zu, daß gegenwärtig die Vereinigten Staaten über 40 Prozent und Frankreich über 20 Prozent des Goldvorrats der ganzen Welt verfügten. Tatsächlich seien die Goldvorräte Frankreichs während der ganzen Dauer des Young-Plans weit stärker gestiegen als während der Geltung des Dawes-Plans. Es bestünde jetzt die Frage, wie man überhaupt zu einer neuen Verteilung der Goldvorräte gelangen könnte. Die Bank von Frankreich und die Federal Reservebank hätten in der letzten Zeit der Reichsbank und der Bank von England alle nur mögliche Hilfe geleistet. Frankreich werde auch weiterhin helfen und seine Pflicht erfüllen. Der Geist der Inflation müsse endlich vollkommen überwunden werden.

Man müsse aufhören, über seine eigenen Mittel zu leben. Die gegenwärtige Generation würde kaum den Zustand allgemeinen Wohlstandes noch erleben, da sie heute wie im Fieber lebe. Er sei jedoch überzeugt, daß die Krise, wenn auch mit bitteren, aber heilsamen Mitteln bekämpft und geheilt werden könne.

Reparationszahlungen führen zur Krise.

England gegen Flandin.

Im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes antwortete der englische Vertreter Sir Arthur Salter dem französischen Finanzminister und forderte mit großem Nachdruck vorläufige Hilfsmaßnahmen zur

Überwindung der Krise durch Herabsetzung der Reparationen und der internationalen Zahlungen und durch sofortige Prüfung der Lage, die nach Ablauf des Hoover-Rotatoriums eintreten würde. Salter verlangte ferner, daß neue Bedingungen für eine neue Anleihepolitik geschaffen würden und stellte sich rückwärtslos auf den Boden des Baseler Sachverständigenberichts.

Lebhaft ein Häufel der Goldvorräte der ganzen Welt seien im Besitz der Schuldnerländer, während vier Fünftel sich in den Händen der Gläubigerländer befänden. Sir Arthur Salter hob dann sechs bemerkenswerte Punkte zur Überwindung der Finanzkrise hervor.

Die Völkerbundversammlung müsse in einer großen Entscheidung auf die Notwendigkeit einer neuen politischen und finanziellen Orientierung hinweisen und die Führung hierzu übernehmen.

Der französische Finanzminister Flandin ergriff sodann zum zweiten Male das Wort zu einer Erwiderung, in der er sich in den Hauptpunkten in scharfen Gegenlag zu der von Sir Arthur Salter vertretenen Auffassung stellte.

auf 15 bis 22 Prozent belaufen! Und ausgerechnet die sächsische Beamtenregierung hat das angeordnet... Dieselbe Regierung, die sonst beim Reich, wenn dieses Kürzungen anordnete, sofort Protest erhob... Und das Reich und Preußen haben dieses Mal auf eine neue Kürzung verzichtet, weil sie wissen, daß die Grenze des Möglichen längst erreicht ist!

Freilich: es ist zuzugeben, daß Sachsen mit seiner den Reichsdurchschnitt weit übersteigenden Arbeitslosigkeit in besonders mißliche Lage ist. Die Klagen gegen das Reich, das Sachsen immer noch nicht eine besondere Hilfe angedeihen ließ, sind wohl berechtigt, die Schuld für diese neuen und brutalen Eingriffe liegt daher auch mit beim Reich. Aber vertraut denn noch jemand darauf, daß sich solche Opfer lohnen, daß nun wirklich das Defizit im Staatshaushalt verschwindet? 17,8 Millionen Mark soll es betragen, und die Notverordnung soll davon rund 14 Millionen Mark wegnehmen. Wird sie das wirklich tun? Und wenn die sächsische Notverordnung die Überschuldung trägt: „Zur Sicherung des Staatshaushalts“ — dann darf man die Frage wohl nicht übersehen: Und der Staatshaushalt des einzelnen Staatsbürgers?

Weitere Einzelheiten aus der Notverordnung.

Dresden, 23. September. Das Sächsische Gesetzblatt veröffentlicht in seiner heute erschienenen Nr. 31 den 30 Seiten umfassenden Wortlaut der Verordnung zur Sicherung des Staatshaushalts und der Haushalte der Gemeinden vom 21. September 1931. Aus dem Inhalt, der im wesentlichen bereits bekannt ist, sei noch folgendes hervorgehoben: Das Landesrechnungswesen wird aufgelöst, die Gefangenenaufsicht wird eingezogen. Vereint werden das Büro des Statistischen Landesamtes mit der Landtagskanzlei, die Staatliche Vorphilanstalt mit der Landesbibliothek, die Staatliche Gesundheitsverwaltung mit der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege, die Akademie der bildenden Künste mit der Akademie für Kunstgewerbe in Dresden, die Bankasse Dresden mit dem Schlossremonteamt.

Die Kündigungsfrist für nichtständige Lehrkräfte und Ausbilder wird auf vier Wochen festgesetzt. In allen Schularten ist sämtlichen Lehrkräften, Ausbildelehrern und nichtständigen Lehrkräften für den 31. Oktober 1931 vorjorglich sofort zu kündigen.

Ferner wird das Justizministerium ermächtigt, weitere Amtsgerichte als die gemeldeten sechs Gerichte aufzuheben und die Grenzen von Landesgerichtsbezirken zu ändern. Die Justizkassen von Schandau, Griesma und Auerbach werden aufgelöst und ihre Geschäfte den Justizkassen Dresden, Plauen und Schwarzenberg übertragen. Desgleichen werden die Landbauämter Bausen und Zwickau aufgelöst und die Baukreise den Landbauämtern Dresden und Chemnitz zugeteilt.

Das Gesetz über die Zwangsvollstreckung gegen den Fiskus wird mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt. Die Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung gegen den sächsischen Staat ist, soweit nicht dingliche Rechte verfolgt werden, unzulässig. Wegen der Regelung von Forderungen, für die vollstreckbare Schuldtitel vorliegen, ist gegebenenfalls das Gesamtministerium anzurufen, das die geeigneten Maßnahmen zu verfügen hat.

Die Verantwortlichkeit für Verletzungen der Amtspflicht, die nach Artikel 131 der Reichsverfassung den Staat trifft, erstreckt sich nicht auf Amtspflichtverletzungen der Notare, Ausländern gegenüber besteht die Verantwortlichkeit nur insoweit, als die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

Das Verordnungsblatt des sächsischen Ministeriums für Volksbildung gibt eine Verordnung zur Durchführung von Kap. 2 des 1. Teiles der Sächsischen Notverordnung vom 21. d. M. bekannt, soweit des Volks-, Hilfs- und Berufsschulwesen berührt wird. Danach kann das Ministerium beim Vorliegen besonderer Verhältnisse, besonders zu dem Zwecke, möglichst wenige Lehrer beschäftigungslos werden zu lassen, den Zeitpunkt der Durchführung einzelner Sparmaßnahmen später als am 1. November 1931 in Kraft setzen. Es macht sich die Ausfüllung von Fragebogen darüber notwendig, wie sich die sofortige Durchführung der Sparmaßnahmen auf die einzelnen Schulbezirke auswirken würde.

Eugenberg und die Reichsregierung.

Eine Wahlrede in Hamburg.

Auf einer Wahlkundgebung der Deutschen Nationalen Volkspartei in Hamburg sprach Dr. Eugenberg. Er führte, nachdem er die Hamburger Verhältnisse besprochen hatte, u. a. aus:

England stand vor der Wahl, ob es politisch vor Frankreich die Segel streichen oder den Goldländern mit der Abkehr vom Golde drohen sollte, um seine politische Zukunft zu sichern. England hat einen ähnlichen Wendepunkt erlebt wie wir zur Zeit der Bankenkrise. Wir haben ihn ungenügend vorübergehen lassen. England hat zugestiegen und sich zur Wehre gesetzt. Wenn England jetzt sein Bündnis auf Zweidrittel des bisherigen Goldwertes herabsetzt, so wäre ein Teil des Weltvermögens zerstört. Aber was würde aus unserer Ausfuhr und damit aus unseren Arbeitern? Denn die Regierung kann auf diesem Wege nicht folgen. Wenn sie es täte, würde die Mark ins Unendliche absinken. Den Schlag richtig variieren, den uns die Krise des Bundes verhehen wird — das vermag nur eine Reichsregierung.

Eugenberg kam sodann auf die Pressepolemiken, die seine Stettiner Rede ausgelöst habe, zu sprechen und erklärte zu der Behauptung, daß die DVP die Mitverantwortung und Mitarbeit in der Regierung ablehne: Von einer Einflusnahme auf den Kurs der Regierung, von positiver Mitarbeit und aktiver Verantwortung ist überhaupt nicht die Rede gewesen. Das ist durch eine von den Herren Oberjöhren, v. Winterfeld und mir unterzeichnete öffentliche Erklärung vom 11. März 1931 schon festgestellt worden. Heute möchte ich öffentlich die Frage an den Reichskanzler richten, ob es nicht dem Bedürfnis des Anstandes und des Ansehens des staatlichen Apparates entsprechen würde, nun endlich einmal ganz offiziell zu erklären, daß weder Herr Brüning, noch irgendeine andere Regierungsglied, noch auch das Zentrum seit Ende 1928 der DVP jemals eine Mitwirkung an der Regierung angeboten habe? Wir sind dem deutschen Volke Wahrheit schuldig!

Für eine Regierung nach „englischem Muster“.

Die Ansicht Dingeldens.

In einer Besprechung mit Pressevertretern machte Dr. Dingeldey etwa folgende Ausführungen: Wir sind der Auffassung, daß die augenblickliche Gefahrenlage so ungeheuer groß ist und sich so schnell weiter verschärft, daß wir ein

sofortiges und einheitliches Handeln der Reichsregierung für ein dringendes Erfordernis halten. Nach seiner Ansicht handelte es sich heute vor allem darum, daß der Reichskanzler noch vor dem Zusammenritt des Reichstages seine ganze Kraft für die Bildung einer Regierung nach englischem Muster einsetze, einer Koalitionsregierung zur Bewältigung der schwierigen Arbeiten, vor die der Winter uns stellen werde.

Bereitete Steuermillionen.

Das Ergebnis der Steuerbudgetprüfungen.

Der Reichsfinanzminister berichtet auch in diesen Tagen dem Reichstag über das Ergebnis der Budget- und Vertriebsprüfungen. Die Regierung für 1929-1930 beträgt gegen über dem Vorjahre 24,55 Prozent. Damit ist nach Annahme des Ministers der Höhepunkt erreicht. Für 1931 werden wegen der wirtschaftlich ungünstig gewordenen Verhältnisse geringere Ergebnisse erreicht. Aus der Prüfung

die 57 693 Fälle

umfaßt, wurde an Reichsteuern ein Mehr von rund 185 Millionen, an Landessteuern und sonstigen Steuern ein Mehr von 31,4 Millionen festgesetzt. Geldstrafen wurden in Höhe von 3,7 Millionen angeprochen. Auf die Einkommensteuer entfällt ein Mehr von 62,9, auf die Körperschaftsteuer von 78,5, auf die Umsatzsteuer von 11,7, auf die Vermögenssteuer von 12, auf sonstige Reichsteuern ein Mehr von 20,2 Millionen. An der Spitze der Fälle (60000) steht das Landesfinanzamt Berlin, das insgesamt 41,6 Millionen mehr erzielte.

Die größten Geldstrafen wurden in Leipzig mit 0,6 Millionen und in Unterweiser mit 0,5 Millionen festgesetzt. In diesen Zahlen ist zu bemerken, daß es sich nicht immer um Steuerhinterziehungen handelt, sondern auch um abweichende Beurteilung von Bewertungstragen und Abschreibungen.

Was die Reichsbahn von der steuerfreien Anleihe erwartet.

Die ungünstige Finanzlage der Reichsbahn.

In Berlin tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Die Entwicklung der Einnahmen war, wie die Reichsbahngesellschaft mitteilt, auch in letzter Zeit ungünstig. Der Personen- und Gepäckverkehr in den ersten acht Monaten 1931 weist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres einen Rückgang um 120 Millionen Mark (- 12,7 Prozent), der Güterverkehr einen Rückgang um 356 Millionen Mark (- 17,6 Prozent) auf. Zur Vergleichszeit Jahre 1929 ist der Einnahmerückgang noch schärfer. Der Personen- und Gepäckverkehr ist mit 161 Millionen Mark um 16,4 Prozent, der Güterverkehr mit 738 Millionen Mark um 32 Prozent zurückgegangen.

Der gesamte Rückgang der Einnahmen beziffert sich bis Ende August gegenüber 1930 auf 489 Millionen Mark, gegenüber 1929 auf 955 Millionen Mark, das sind 26,8 Prozent weniger als 1929. Es ist der Verwaltung gelungen einen wesentlichen Teil des Einnahmerückganges durch Betriebsersparnisse auszugleichen.

Der Verwaltungsrat genehmigte für 1932 den Abschluß auf Lieferung von Schienen und sonstigem Material im Werte von rund 100 Millionen Mark. Zuweisung weiterer Arbeitsaufträge

zusätzlicher Art von der Reichsbahn herausgegeben werden können, hängt von dem Ergebnis der 4½prozentigen Steuerfreien Reichsbahnanleihe ab, zu deren Herausgabe der Verwaltungsrat seine Zustimmung gab.

Senkung der Hauszinssteuer?

Berlin, 24. September. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, beschließt die Reichsregierung vom 1. April 1932 an die Hauszinssteuer um 25 v. H. zu senken, und zwar auf Kosten des bisherigen Wohnungsbauteils.

Die Pfundkrise und die Mark.

Geringere Abzüge ausländischer Markguthaben.

Auf dem deutschen Geldmarkt hat sich die Krise des Pfundes insofern günstig ausgewirkt, als die Abzüge von ausländischen Markguthaben, die den ausländischen Gläubigern nach dem kürzlich abgeschlossenen Stillhaltevertrag vom 15. September ab in Höhe von 25 Prozent zustehen, nur einen ganz geringen Umfang angenommen haben. Man scheint in ausländischer Kreisen, besonders bei den englischen Gläubigern, im Augenblick die Anlage in Mark für sicherer zu halten als in anderen Währungen. Für die deutsche Devisenbilanz bleiben die geringen Abrufe der Markguthaben sehr erfreulich.

Feste Kurse in London.

Die Londoner Börse hatte bei ihrer Wiedereröffnung recht feste Tendenz. Die Kurssteigerungen lauter etwa im Verhältnis zu der Abwertung des Pfundes. Deutsche Anleihen sind gesucht. Young-Anleihe 46 nach 42 und Dawes-Anleihe 66 nach 62. Das Pfund selbst erholt. So wurde die Reichsmark mit 18,50 nach 17,75 am Vortage genannt.

Zu der Information aus Genf, wonach auch Schweden, Griechenland und Italien die Zahlung nach Goldparität aufgehoben haben, ist festzustellen, daß von einer derartigen Maßnahme an den zuständigen Auslandsstellen nichts bekannt ist.

Chinesischer Wirrwarr.

Dazu der Völkerbund.

Der ewige Bürgerkrieg in China zwischen der Kanton- und der Nanjingregierung, der das Land nicht zur Ruhe kommen läßt, gibt immer wieder den Anlaß für fremde Mächte, insbesondere Japan und Rußland, zur Selbstverteidigung ihrer gefährdeten Belange zu greifen. In der Mandschurei haben Japan sowohl wie Rußland so starke politische wie wirtschaftliche Interessen, daß dieses Land immer von neuem den Zankapfel bildet und zum Aufmarschgebiet kriegerischer Unternehmungen wird. Nachdem jetzt Japan einen neuen Vorstoß gegen die chinesische Ostbahn unternommen hat und von der See- und der Landseite her zu weiterem Vorgehen entschlossen scheidet, meldet sich auch Rußland wieder. Bei einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter in Moskau erklärte der russische Außenminister Litwinow, daß die russische Regierung gegen einen Vormarsch der japanischen Truppen an die chinesische Ostbahn sei, und bat, die japanische Regierung sofort davon in Kenntnis zu setzen. Ein militärischer Vorstoß gegen die chinesische Ostbahn sei nach russischer Meinung durchaus unzulässig und unerwünscht. Inzwischen mehrten sich die Meldungen von Bombenanfällen, schweren Geschießen zwischen Chinesen und Japanern und Bombardements chinesischer Dörfer durch japanische Flugzeuge. Die Verluste dabei sollen sehr groß sein. Japan, das die Schuld dieser kriegerischen Zusammenstöße auf China abschiebt, nimmt sie zur Veranlassung neue Truppen in der Mandschurei zusammenzustellen.

Wird es dem Völkerbund noch gelingen, durch sein Dazwischentreten diesen Kampf durch die Macht in einen Rechtsstreit abzubiegen? In einem Telegramm an die japanische und chinesische Regierung weist der Präsident des Völkerbundes darauf hin, daß unverzüglich mit den Vertretern der beiden Regierungen in Genf Verhandlungen über die Durchführung des Vorschlages der Zurückziehung der Truppen beginnen würden. Zu diesen Verhandlungen seien die Vertreter von Deutschland, England, Frankreich und Italien zugezogen worden. Werden diese Verhandlungen von Erfolg sein und vor allem wird sich Japan einem auf die Zurückziehung seiner Truppen lautenden Beschluß fügen? Oder wird als Vollstrecker des Völkerbundwillens die amerikanische Regierung, der die Protokolle der Ratifizierung und das gesamte Dokumentenmaterial bereits übermittelt worden sind, einschreiten müssen, um die Angelegenheit noch mehr zu verwirren. Wir würden dann in der Mandschurei außer den beiden chinesischen Parteien, Japan, Rußland und Amerika am Werk sehen, die jeder auf seine Art versuchen würden, natürlich unter Berücksichtigung der eigenen Interessen Ordnung in den chinesischen Wirrwarr zu bringen, und trotz aller schönen Friedensbemühungen des Völkerbundes erscheint hier doch der Stoßseißer berechtigt: „Wenn das nur gut geht!“

Japan erklärt.

Das japanische Außenministerium hat im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen sämtliche japanischen diplomatischen Missionen angewiesen, den Regierungen eine Mitteilung zu machen, daß die japanische Regierung die chinesischen Verschuldigungen, die in Genf gemacht wurden, für halslos erklärt, und daß sämtliche militärischen Schritte in der Nord- und Südmandschurei nur zum Schutze der japanischen Bevölkerung und zum Schutze anderer Ausländer unternommen wurden. Japan verfolge keinerlei Anneziionspolitik gegenüber China.

Die japanische Flotte greift ein.

Eine amtliche russische Meldung aus Schanghai berichtet von der Ankunft zweier japanischer Kreuzer in Kauling. Weitere japanische Kriegsschiffe hätten Kauling passiert. In Schanghai rechnet man nach der

russischen Meldung mit dem Eintreffen der japanischen Flotte in den chinesischen Gewässern.

Ein vor Tschifu liegender chinesischer Kreuzer wurde von der Besatzung eines dort eingetroffenen japanischen Kreuzers kampfschifflos besetzt; Geschütze und Funkenanlage wurden unbrauchbar gemacht.

Japan lehnt Völkerbundvermittlung ab.

Das japanische Kabinett hat beschlossen, die Völkerbundintervention nicht anzunehmen und direkte Verhandlungen mit China anzubahnen. Das Kabinett hat angeordnet, keine japanischen Truppen nördlich von Tschangtschung zu stationieren. Ein Teil der Besatzung von Tjingtau soll zurückgezogen werden.

Nichtbeteiligung Amerikas an der Chinesisch-japanischen Unternehmung.

Die amerikanische Regierung hat dem Völkerbundrat auf die telegraphisch übermittelten Protokolle der Ratsverhandlungen über den Chinesisch-japanischen Konflikt mitgeteilt, daß sie an einer Unternehmung des Konflikt an Ort und Stelle vorläufig nicht teilnehmen können.

Sowjet-Rußland will militärische Besetzung in Charbin durch Japan verhindern.

Moskau (über Kowno), 23. September. Der Einmarsch der Japaner in das Gebiet der chinesischen Ostbahn hat in Moskau Aufsehen erregt. Es wird erklärt, daß dieses Vorgehen gegenüber der Ostbahn unnötig gewesen sei, da die chinesischen Behörden selbst sehr gut in der Lage seien, Ruhe und Ordnung auf der Bahn aufrechtzuerhalten. Die russische Regierung hat von ihrem Konsul in Charbin einen eingehenden Bericht angefordert. Der Eisenbahnverkehr zwischen Tschangtschung und Mandschuria ist unterbrochen. Der Verkehr Mandschuria-Charbin-Pogranitschnaja wird weiter aufrechterhalten. Nach einer weiteren russischen Meldung sollen die chinesischen Wachtruppen an der chinesischen Ostbahn den Befehl erhalten haben, sich nach Charbin zurückzuziehen.

Japan meldet Zurücknahme der Truppen aus der Mandschurei.

London, 23. September. Wie aus Tokio gemeldet wird, teilt das japanische Außenministerium mit, daß die Zurücknahme der Truppen aus der Mandschurei begonnen habe. Die Truppen, die sich in Mukden und Tschangtschung befanden, würden jedoch dort verbleiben. In Kirin seien nur noch 200 Mann, Demgegenüber besagen englische Berichte, daß die Japaner sich weiterhin Charbin näherten.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 24. September 1931.

Wertblatt für den 25. September.

Sonnenanfang	5 ⁴¹	Mondaufgang	17 ⁰
Sonnenuntergang	17 ⁴	Monduntergang	4 ⁰

1849: Der Komponist Johann Strauß d. A. gestorben.

Vorsicht vor herbstlichen Giftpflanzen.

Wenn man im September Wiesen und Wälder durchstreift, so stößt man oft auf Sträucher mit leuchtenden roten Beeren, die ihres Aussehens wegen zum Genuß verleiten könnten. Aber Vorsicht! Diese hübschen roten Beeren sind sehr giftig. Sie gehören den sogenannten Kronstabs, einer Pflanze, die an Heiden und Knäulen sehr verbreitet ist. In den Sommermonaten wird dieser Strauch wenig beachtet; wenn aber nach den ersten Septembertagen die eigenartigen roten Beeren aus dem dunklen Blattgrün herausleuchten, fällt der Kronstab vor allem den Kindern auf.

In südlicheren Strichen, doch kaum über das gebirgige Mitteldeutschland hinaus, tauchen auch Tollkirsche und Herbstzeitlose in diesem Monat auf, die ebenfalls beide sehr giftig sind. Als Arznei- und Zierpflanzen sind diese beiden Gewächse früher kultiviert worden und kommen deshalb hier und da noch verwildert vor.

„Kartelle, Truste, Konzerne und Klein- und Mittelbetriebe.“
Ueber dieses Thema sprach gestern abend in einer gemeinsam vom Gewerbeverein und dem Arbeitgeberverband der hiesigen Industriellen nach dem „Eben“ einderufenen und von Tischlermeister Deeger geleiteten Versammlung Herr Döring, Mitglied der Geschäftsführung des Verbandes Sächsischer Industrieller. Vor Eintritt in die Tagesordnung wohnte der Vorsitzende den verstorbenen Gewerbevereinsmitgliedern Kaufmann Berger und Kantor Hienrich warme Worte des Gedankens und ein „Habe Dank“ über das Grab hinaus, während sich die Anwesenden von den Prägen erhoben hatten. Dann nahm Herr Döring das Wort und erläuterte Wesen und Ziele der Kartelle, Truste und Konzerne, ihre Unterscheidungen voneinander und ihre Rückwirkungen auf Klein- und Mittelbetriebe. In den Trusts herrscht das Streben nach Sicherung der Produktion und nach Konkurrenzfähigkeit vor. Auf der Grundlage des Eigentumsverwerbes wird die monopolistische Eroberung des Marktes angestrebt, was die große Gefahr der Ausschaltung von Produktionsstätten in sich schließt. Eine vertragliche Konkurrenzregelung mehr auf genossenschaftlicher Grundlage bescheiden die Kartelle. Gegenstand vertraglicher Regelung können Absatz, Preis oder auch die Produktion selbst sein. Die Kartellierung ist umso eher möglich, je weniger Betriebe in Frage kommen und je gleichartiger sie gelagert sind. Und so ergibt sich, daß die Entwicklung der Großindustrie besonders in den letzten Jahren mit Riesenschritten weitergegangen ist auf Kosten des Klein- und Mittelbetriebes. Und es läßt sich nicht bestreiten, daß dieser Prozeß auch jetzt noch weiterläuft. Sofern die Kartelle eine maßvolle Preispolitik treiben, sind sie den Klein- und Mittelbetrieben nicht ohne weiteres gefährdend, bedenklich bleibt allerdings die Auslandspreispolitik verschiedener Kartelle. Wesentlich tiefergreifender ist die Wirkung der Konzern- und Trustsbildung, die heute wesentlich darüber hinausgegangen ist, was man als natürliche und wirtschaftliche Entwicklung bezeichnet. Denn sie bedeutet gleichzeitig die Stilllegung und Vernichtung zahlreicher selbständiger Existenzen. Die Mittelschicht verschwindet immer mehr, es verschärft sich der Kampf zwischen Kapital und Proletariat. Viele Trustsentwicklungen föhrt vor allem in unserem Sachien zu einer Entindustrialisierung, die volkswirtschaftlich und sozialpolitisch aufs tiefste bebauert werden muß und sehr gefährlich ist. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Großindustrie ist nur Spiegelbild, da dieselbe den Großbetrieb als reiß zur Sozialisierung hält. In Deutschland ist neben der politischen die steuerliche und sozialpolitische Struktur der Entwicklung zur

Wirtschaftlich günstig gewesen und es ist kaum zu erwarten, daß das in Zukunft anders wird, trotzdem der Artikel 184 der Reichsverfassung so schön sagt, daß der Mittelstand zu schützen und vor Ausfaltung zu bewahren ist. — Den sehr instruktiven Ausführungen wurde herrlicher Beifall gezollt, nur ewig schade, daß der Kreis der Hörer trotz aller Einladungen immer so klein bleibt. Vorsitzender Seeger sagte dem Redner noch besonders Dank. In der folgenden Aussprache wurde die letzte sächsische Notverordnung, Gehaltsabbau und Bährungsfragen erörtert, auch einige Gewerbevereinsfragen fanden Erledigung.

Der RSB „Sängertrupp“ hielt gestern nach Beendigung der Singstunde eine kurze Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand in der Hauptsache die Feier des Stiftungsfestes. Die ganze wirtschaftliche Lage und die Not der Zeit läßt schließlich in allen Vereinen Bedenken aufkommen, ob man die Feier des Stiftungsfestes nicht doch lieber einmal ausfallen läßt. Der „Sängertrupp“ hat die Frage mit „nein“ beantwortet. Man feiert das Stiftungsfest am 31. Oktober im „Löwen“ in altbekanntem, einfachem Rahmen durch Gesangschor und bergebrachten, einfachem Rahmen durch Gesangschor und Ball, einmal, um den eigenen Mitgliedern und deren Angehörigen auch einmal Gelegenheit zu einigen frohen und angenehmen Stunden zu geben, und zum andern, um der Miesepetrigkeit dieser Tage nicht noch weiter Vorschub zu leisten. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Vorsitzende Treppe Gelegenheit genommen, dem verstorbenen Gesangsbruder Joseph Adler als dem ältesten Mitgliede und Ehrenmitgliede des Vereins in einem ehrenden Nachruf für die Treue und Unabhängigkeit an den Verein während sechs Jahrzehnten zu danken. In stillem Gebeten hatten sich die Anwesenden von den Vätern erhoben.

Samstag und Montag Kleinfestes. Das anhaltende schlechte Wetter an beiden Kirchmessen hat bei den Hieranten auf der Schützenwiese den berechtigten Wunsch nach einer Verlängerung der Kleinfeste auf Montag ausgelöst. Die Schützenvereinsleitung als Veranstalter hat dem zugestimmt und ladet nun alle Freunde von fern und nah zur Kesselbude auch am Montag ein. Die Hieranten haben sich zusammengetan und wollen am Montag abends den Besuchern auch noch ein Feuerwerk bieten. Hoffentlich hat er Wettergott nun endlich ein Einsehen und trägt den berechtigten Wünschen nach schönem Wetter Rechnung.

Revolvergeschäfte auf einen Lieferwagen. Am Montag nachmittag wurde auf der Straße von Herzogswalde nach Grundbuch 173 hinter Herzogswalde ein Lieferwagen der Protzfabrik Gebr. Braune, Delitzsch, von den Insassen eines entgegenkommenden kleinen Personenwagens beschossen. Der Schuß ist in die linke Vorderseite des Wagens gegangen. Die Täter sind unerkannt entkommen, doch vermutet man, daß es sich um dieselben Personen handelt, die zwischen Kesselsdorf und Gorbitz vor kurzer Zeit einen Wagen der Krenter-Zigarettenwerke beschossen haben.

Vorlicht an Eisenbahnübergängen! Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden weist darauf hin, daß das Verhalten, Anfahren an Bahnübergängen vorzubeugen, nicht zum geringsten Erfolge führen könne, wenn nur unter dem Stichwort gewarnt werde; Schlicht die Bahnübergänge besser! Die Warnung müsse vielmehr auch unter dem Leitwort erfolgen: Fahret vorsichtig an allen Bahnübergängen! Zur Minderung der Gefahr vorfahret bleibt nur übrig, daß auf der einen Seite die Begleitschutz durch die Bahnverwaltungen gut kenntlich gemacht werden und daß auf der anderen Seite die Kraftwagenfahrer so vorsichtig wie möglich die Uebergangsstraßen kreuzen. Zur besseren Kenntlichmachung der Begleitschutz hat die Reichsbahn in den letzten Jahren außerordentliche Anstrengungen gemacht, denen ein Erfolg auch nicht verlagert geblieben ist. Alle Schutzmittel können jedoch nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn gleichzeitig der Kraftwagen an Uebergängen vorsichtig fährt. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands hat sich für längere Zeit so schwierig gestaltet, daß wir namentlich auch auf dem Verkehrsgebiete nur solche Wege beschreiten können, die ohne große Investitionen gangbar sind und am billigsten zum Ziele führen. Deshalb muß die von den Bahnverwaltungen durchgeführte bessere Kenntlichmachung in erster Linie untergeordnet werden durch noch vorsichtigeres Befahren der Begleitschutz durch die Kraftwagenfahrer.

Die steigende Tomate. In der deutschen Volksernährung sind in den letzten Jahren grundlegende Veränderungen eingetreten. Der Fleisch- und Fettkonsum geht zurück, während der Drang nach den vitaminreichen Nahrungsmitteln auch in der wirtschaftlichen Krisenzeit anhält. — Die Tomate, vor dem Kriege hauptsächlich Liebesapfel genannt, sei als lehrreiches Beispiel hier vorzuführen. Nach dem vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung herausgegebenen Buche „Saisonvergleich auf dem Tomatenmarkt durch Kühlagerung“ betrug der deutschen Tomatenverbrauch im Jahre 1930 etwa 1,5 Millionen Doppelzentner oder fast fünf Pfund pro Kopf der Bevölkerung. Der Tomatenanbau in Deutschland nimmt selbstverständlich von Jahr zu Jahr zu. Während 1913 noch nicht einmal 25 Hektar mit Tomaten (gewerbsmäßig) bepflanzt waren, betrug die Tomatenanbaufläche im Jahre 1927 bereits 1.400 Hektar. Der deutsche Tomatenanbau hat sich also in vierzehn Jahren um das 56fache gesteigert. 300.000 in Deutschland gewonnene Doppelzentner Tomaten stehen dem im Jahre 1913 gewonnenen 7500 Doppelzentner gegenüber. Selbstverständlich kann die deutsche Tomaterzeugung längst nicht den Bedarf decken. Wir müssen alljährlich gewaltige Mengen Tomaten aus dem Ausland einführen. Die Einfuhr aus dem Ausland erreichte im Durchschnitt der letzten Jahre 832.000 Doppelzentner. Als Tomatenlieferanten Deutschlands spielen Italien, Holland und Spanien die größte Rolle. Immer noch hält der Siegeszug der Tomate an.

Der Verband Sächsischer Gewerbe- und Handwerker vor eine hält am 26. und 27. September in Gottleuba seinen 37. Verbandstag ab. Am Sonnabend findet 1/2 12 Uhr im Bahnhofsrestaurant Sitzung des Verbandsausschusses, um 15 Uhr Hauptversammlung im Bahnhofsrestaurant und 20 Uhr mangelloser Kommers im „Kronprinz“ statt. Am Sonntag 1/2 10 Uhr wird öffentliche Tagung im Schützenhaus abgehalten. In derselben wird Herr Landtagsabgeordneter Oskar Kießling, Neugersdorf, über „Wirtschaftsnot des Mittelstandes“ und Herr Dr. Hennig, Berlin, über „Kulturnot und Gemeinheitsarbeit in den Gewerbevereinen“ sprechen. Am 15 Uhr Befähigung der Kurve der Landesversicherungsanstalt.

90. Todestag von Karl Stülpner. Am 24. September sind 90 Jahre vergangen, daß Karl Stülpner sich in Scharfenstein zum Sterben niederlegte. Am 27. September 1841 wurde er auf dem Großhölbersdorfer Friedhofe bestattet. Obwohl ihm kein Denkmal gesetzt wurde, lebt er im Herzen des erzgebirgischen Volkes weiter.

Wer ohne Licht fährt, braucht auch keine Lust! Ein glänzendes Mittel gegen Radfahrer ohne Licht hat ein Berliner Schupwachmeister erfunden. Er zieht keine langen Erfindungen ein, hält den Straßenverkehr nicht auf wegen eines Unverbesserlichen. — Er läßt die „Lichtlosen“ Radfahrer einfach absteigen, öffnet am Hinterrad das Ventil, läßt die Luft heraus

und steckt das Ventil in die Tasche. Morgen zu passender Zeit abdrehen da und da.“ Dieser kluge Mann erreicht mit einem einfachen und harmlosen Mittel mehr, als alle möglichen Strafverfügungen und Verwarnungen bei diesen gewöhnlich unverbesserlichen Fahrern schaffen können. Die Erfolge sollen ausgedehnt sein, ein Fahrer, dem diese Unannehmlichkeit — besonders bei größeren Entfernungen — passiert ist, fährt nicht wieder ohne Licht! Außerdem wird verhindert, daß er ein paar Meter nach dem Beamen wieder aufsteigt und den Straßenverkehr weiter gefährdet.

Zur Rückzahlung von Notstandsrediten. Vom sächsischen Finanzministerium war die Rückzahlung der ersten Rate der fogen Hochwasser- und Notstandsredite vom 1. Juli auf den 1. Oktober gestundet worden. Der Finanzminister hat sich nunmehr bereit erklärt, die Rückzahlung der ersten Rate bis zum 1. April 1932 erneut hinauszuziehen, während die zweite Rate erst am 1. Januar 1933 fällig werden soll.

Aus den sächsischen Gesetzen. Das sächsische Gesetzblatt Nr. 31 enthält die Verordnung zur Sicherung des Staatshaushalts und der Haushalte der Gemeinden. Das Verordnungsbild des sächsischen Ministeriums für Volksbildung Nr. 15 enthält die Verordnung zur Durchführung von Kap. 2 des ersten Teiles der Verordnung zur Sicherung des Staatshaushalts und der Haushalte der Gemeinden (Gemeindeverbände), soweit das Volks- und Berufslehrentwesen berührt wird.

Zur Kalenderreform. Dem Verband Sächsischer Industrieller erstattete Dr. Wackmann (Ahl), der in der Kalenderreformbewegung an führender Stelle steht, einen Bericht über die Möglichkeiten einer Kalenderreform und ihre wirtschaftlichen Vorteile. Er erörterte einen Reformvorschlag, der die Einteilung des Jahres in 12 Monate und vier gleichlange Quartale vorsieht, deren erster Monat 31 Tage, der zweite und dritte Monat je 30 Tage umfassen soll. Der 365. Tag des Jahres soll in der Mitte des Jahres als Mitt-Jahr-Tag eingeschaltet werden; im Schaltjahr soll der Schalttag als letzter Tag des Jahres beenden. Der Vorzug des Kalenders soll einmal darin zu erblicken sein, daß die Wochentage in jedem Jahre immer auf das gleiche Datum fallen und die gegenwärtige Ungleichheit der Monatslänge in neuem Umfang beseitigt wird. Weiter sieht der Plan eine Festlegung des Osterfesttages unter Berücksichtigung konfessioneller Wünsche vor.

Frostwarndienst. Die Sächsische Landeswetterwarte errichtet für die Zeit vom 15. September 1931 ab bis in die erste Hälfte des Juni 1932, wie in den Wintern der vergangenen Jahre, einen Frostwarndienst. Der Dienst bezweckt, durch Frost gefährdete Unternehmen der Industrie, landwirtschaftliche und Gartenbaubetriebe Lebensmittelverlade, Transport- und Baumunternehmer usw. möglichst frühzeitig über zu erwartenden Frost und dessen voraussichtliche Stärke, auf Antrag auch über besondere starke Schneefälle, zu benachrichtigen. Die Frostwarndienste werden durch Rundfunk täglich mehreremale mit den übrigen Wetternachrichten durchgesprochen und sind so gebührend. Auf Wunsch können diese Frostwarndienste aber auch unmittelbar durch die Landeswetterwarte zugestellt werden. Eine Frostwarnung wird erlassen, wenn anzunehmen ist, daß die Temperatur nächst eintrags Zeit den Gefrierpunkt unterschreitet und wenn nach freier Witterung ein allgemeiner Kälteeinbruch zu erwarten ist. Eine Haftung der Landeswetterwarte für Ausbleiben der Warnung oder Fehlwarnungen muß aber grundsätzlich abgelehnt werden.

Schiffanläge Zollabfertigung an der tschechoslowakischen Grenze. In Prag eintreffende Reisende beschwerten sich allgemein über eine schiffanläge Zollabfertigung an der tschechoslowakischen Grenze, und zwar seitens der tschechoslowakischen Zollorgane. Nicht nur, daß die Revision übermäßig streng durchgeführt wird — die Zollorgane wählten in den Koffern herum und in Bodenbäck wurde einer Dame sogar ein kleines Reisefloppolier aufgeschnitten — werden die Reisenden auch äußerst barsch und unböflich behandelt, als ob jeder ein Verfassungsmüller wäre. Von dem Vorgehen der tschechoslowakischen Zollorgane soll das reichsdeutsche Reich wohlwollend absehen — schreibt der „Deutsche Nachrichtendienst“ in Prag.

Weiterbericht. Vorbericht der Sächsischen Landeswetterwarte für den 25. September: Zeitweise aufziehende Wolke aus nördlichen Richtungen. Hauptföchlich stark bewölkt. Dertlich Nebel. Temperaturverhältnisse nicht wesentlich geändert. Zeitweise Niederschläge.

Sachlen und Nachbarchaft

Miesä. Urgechichtliche Funde. In Sönny (Bezirk Stantsch) stießen Bauarbeiter beim Grabengraben auf eine größere schwarze Brandsticht und mehrere Urnenstücken. Dabei wurde u. a. ein vorzüglich erhaltenes dunkelbraunes Krüglein von zehn Zentimeter Höhe, bei dem der Henkel etwas über den Mündungsrand hinausragt, gefunden. Derartige Gefäßformen wurden in der ältesten Eisenzeit, etwa 800 bis 500 v. Chr., hergestellt.

Hartmannsdorf. Tödlischer Motorradunfall. Der Sohn des Gastwirts Vöhler aus Wppersdorf kam mit seinem Motorrad auf der durch Regen glatt gewordenen Straße zum Sturz. Er erlitt einen schweren Schädelbruch sowie innere Verletzungen, die seinen Tod herbeiführten.

Muskeln. Hohes Alter. Frau verw. Henriette Marthes gebor. Andra in Sachsendorf feiert in geistiger Frische ihren 90. Geburtstag.

Leipzig. Straßenraub. In der Stephanstraße trat nachts ein Unbekannter an ein junges Mädchen heran, bedrohte sie mit einem Revolver und forderie sie auf, ihre Handtasche zu öffnen. Mit einem gerandeten Portemonnaie suchte er das Bette. Mit dessen Inhalt wird er nun nicht allzuviel anzufangen wissen, es war nämlich kein Geld darin, sondern nur — ein Ruberlöschen.

Wollenstein. Schloß Scharfenstein versteigert. Auf Betreiben der Zentralbodenkredit K. G. Berlin fand am Dienstagvormittag im Amtsgericht Wollenstein die Versteigerung des Schloßes Scharfenstein einschließlich des Rittergutes und der beiden Burwerke Grünau und Weiba statt. Die gesamten Anlagen, für die ein Schätzwert von 341 000 Mark errechnet worden war, gingen für ein Höchstgebot von 330 000 Mark an den Fabrikbesitzer Fritz Alß in Wildenfels bei Zwitzau über. Die Grafen von Einsiedel, in deren Besitz sich das Schloß und die Güter seit vielen Generationen befand, sind ein Opfer der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse geworden.

Sohlrad (Speice). Tödlisches Motorradunfall. An der verächtlichen Kurve an der Nordgrundbrücke streifte der Dachdeckermeister Köbber aus Wehrsdorf mit seinem Motorrad zwei Bäume und stieß dann gegen einen dritten, wodurch er stürzte. Mit einem Schädelbruch wurde er über seiner Maschine liegend tot aufgefunden.

Beschäftigungsgrade der Industrien

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Die Zahl der Arbeitssuchenden erhöhte sich von Ende August bis Mitte September von 532 887 auf 545 349, also um 12 462 oder 2,3 Prozent. Die Steigerung war bei den männlichen Personen etwas stärker, als bei den weiblichen Arbeitssuchenden, da die Entlassungen bei der Metallindustrie und dem Baugewerbe verhältnismäßig stark waren. Es ist zu hoffen, daß durch die neue Mildertung der Sperrverordnung für den Wohnungsbau wieder eine Anzahl Bauarbeiter Beschäftigung erhalten können.

Während der Berichtszeit kamen jedoch Entlassungen auf Grund der Augustverordnung über Sperrung der Witzinsteuerszuschüsse für den Wohnungsbau in starkem Umfang zur Auswirkung.

Die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter stieg von 46 698 auf 48 219 und die Zahl der arbeitssuchenden Bauhilfsarbeiter um rund 400.

Eine leichte Stütze war der verhältnismäßig günstige Beschäftigungsgrad einiger Zweige des Spinnstoffgewerbes, wie der Kammgarnspinnereien, der Spinnwebereien, Frottierwebereien und stellenweise der Trikotagenindustrie. In der Strumpfindustrie herrscht nach wie vor eine starke Uneinheitlichkeit. Es überwiegen jedoch die Entlassungen, ebenso in der Handschuhindustrie. Verschlechtert hat sich die Lage der Wollammereien, Baumwollspinnereien und -webereien, der Biganesspinnereien und der Südwere- und Spinnindustrie. Schwache Anfänge der Revitalisation machten sich in der Spinnwarenindustrie und im Bekleidungsgebiete bemerkbar, vorwiegend im Kürschner- und Schneidergewerbe sowie in der Hutblumenindustrie und Schmuckfedernindustrie. Zahlreiche Stilllegungsanzeigen kamen aus der Metall- und Maschinenindustrie.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung erfuhr eine Zunahme von 129 311 auf 134 577, also um 5267 oder 4,2 Prozent, in der Kreisunterstützung von 133 407 auf 134 319, also um 912 Prozent. Vermutlich haben hier die Aussteuerungen eine starke Zunahme verhindert.

Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit.

Eine amtliche Warnung.

Trotz aller Hinweise auf den Umfang und die Gefahren der herrschenden Arbeitslosigkeit und auf die Notwendigkeit, den langfristigen Arbeitslosen mehr als mit Unterstützungen durch Zuweisung von Arbeit zu helfen, müssen die Arbeitsämter fortgesetzt feststellen, daß zahlreiche Arbeitsgelegenheiten für die Verfüpfung der Arbeitslosigkeit verloren gehen. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen unterstützte „Arbeitslose“ neben dem Unterstützungsbetrag bei ihrem früheren Arbeitgeber oder dritten Personen in mehr oder minder regelmäßiger Beschäftigung stehen, die sehr wohl ohne sonstige Unterstützung zu selbständigem Lebensunterhalte dienen könnte. Die Arbeitsämter bekommen von derartigen Verhältnissen erst Kenntnis, wenn bereits erhebliche Unterstützungsbeträge zu Unrecht bezogen sind. Dies führt zu gerichtlichen Verurteilungen, und nicht selten werden auch Personen, die detari regelmäßig Unterstützungsempfänger Arbeit übertragen haben, in Strafverfahren mit hineingezogen.

Aber auch andere Gründe geben zu der Warnung Anlaß, notwendige Arbeiten den Gewerbetreibenden vorzuenthalten. Erfahrungsgemäß werden die auf Geratewohl herangezogenen Arbeitskräfte weder für den Fall der Krankheit, noch vor allem gegen Unfall versichert, wie es die Reichsgeetze vorschreiben. Die Beitragspflicht zur Invaliden- und Angestelltenversicherung bleibt regelmäßig unerfüllt. Diese Unterlassung der Versicherung läßt nicht nur die Beschäftigten ohne den gesetzlichen Schutz; sie führt auch zur Minderhebung der hinterzogenen Beiträge und außerdem zur Bestrafung der Arbeitgeber nach den Gesetzen. Daneben stehen weitgehende Schadenersatzansprüche in Aussicht von seiten der Versicherungsträger, wenn sie unterstühend eingreifen müssen. Hauptpflicht des Auftraggebers kann auch dann erwachsen, wenn die von ihm herangezogenen Arbeitskräfte wegen Fehlens der erforderlichen Berufskenntnisse oder aus mangelnder Sorgfalt notwendige Vorsichtsmaßnahmen unterlassen oder die übertragene Arbeit mangelhaft verrichten, so daß Schäden für Dritte entstehen. Regelmäßig wird dann der Arbeitgeber nach bürgerlichem Recht ersatzpflichtig sein.

Wer sich schon durch die Rücksicht auf das allgemeine Wohl und auf die Not der bei den Arbeitsämtern und den Fürsorgebehörden berenteten Arbeitslosen nicht dazu bestimmen läßt, notwendige Arbeiten so vornehmen zu lassen, daß sie zur Linderung der schweren Notlage weiterer Kreise unseres Volkes beitragen können, dem sollte zumindest die Gefahr von Straf- und Schadensfolgen aller Art Veranlassung geben, alle zu verrichtenden Arbeiten den sachkundigen Gewerbetreibenden zu übertragen.

Rasche Aufklärung eines Raubüberfalls.

Die Täter gefändig.

In Dresden wurde eine Vermietlerin in ihrer Wohnung in der kleinen Blauenischen Gasse von einem Unbekannten überfallen. Der Täter ging sofort gewalttätig gegen die Frau vor und verlangte von ihr Geld. Gleichzeitig bedrohte er sie mit einem Messer. Er trug ein weißes Tuch vor dem Gesicht. Der Frau gelang es aber, sich des Unholdes zu erwehren und um Hilfe zu rufen. Daraufhin ergriß der Täter die Flucht. Von der Kriminalpolizei wurden bereits am anderen Tage der 19 Jahre alte landwirtschaftliche Gehilfe Delmut Zahn und der gleichaltrige Arbeiter Max Thomas als Täter ermittelt und festgenommen. Beide sind geständig.

Was ist eine „Schaumbrille“? Hierzu teilt uns die Firma Schwarzlopf mit: „Die neue Schwarzlopf-Schaumbrille umhüllt jede Packung von „Schwarzlopf-Extra“, dem Daarwätsch-Schaumpon. Die Schaumbrille hält bei der Daarwätsch-Schaum und Wasser den Augen fern — eine neue Annehmlichkeit und Erleichterung, die jede Frau schätzen wird. Für Kinder wird die Haarwätsch mit der Schaumbrille zum Vergnügen!“

Sefängnisstrafen im Kurfürstendammprozess.

Geschäftsjung bis 4 Uhr morgens.

In dem Schnellschöffengerichtprozess wegen der Unruhen die am 12. September auf dem Kurfürstendamm im Berliner Westen stattfanden, fällt das Gericht am Mittwoch morgen um 4 Uhr nach fünfständiger Beratung das Urteil. Sechs von den 24 Angeklagten wurden freigesprochen. Unter den Freigesprochenen befinden sich zwei Stahlhelmlente und der Vertriebsingenieur Fischer, Führer eines Sturmes der AEDAP. Die anderen Angeklagten wurden

zu hohen Gefängnisstrafen,

von neun Monaten bis zu einem Jahr neun Monaten, verurteilt, und zwar wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufreizung zu Gewalttätigkeiten oder wegen Beihilfe zum schweren Landfriedensbruch. Die höchste Strafe erhielt ein Kaufmann Reede, der Zeitungshändler ist und den „Angriff“ verkauft. Das Verfahren gegen den Jungstahlhelmlührer Diplomingenieur Brandt wurde abgetrennt und in das ordentliche Verfahren überleitet. Brandt bleibt in der Untersuchungshaft.

Die Urteilsbegründung.

Zu der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Schmitz, u. a. aus: daß die dauernde Verbotsfahrt der höchsten Berliner SA-Führer auf dem Kurfürstendamm eine feilsche Unterstufungsbereitschaft der Demonstranten dargestellt habe. Was die Strafzumessungen anbelangt, so könnten so schwere Verfehlungen niemals mit der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis abgegolten werden, weshalb man den Mittätern, die man am geringsten bestraft habe, eine Gefängnisstrafe von neun Monaten auferlegt habe. Das Gericht verleihe nicht, daß es sich bei dem größten Teil der Angeklagten um verheiratete, verbienende junge Menschen handle, es müsse aber auch an die Opfer gedacht und eine entsprechende Sühne für die

Bedrohung des öffentlichen Friedens

gefordert werden. Deutschland sei durch die schlimme politische Lage ganz besonders auf innere Disziplin angewiesen. Wenn politische Parteien die Winterferien in dieser Weise eröffnen, müsse sich die Berliner Bevölkerung von einem Gerichte des Staates sagen lassen, daß die Gerichte auf derartige Gewalttätigkeiten hin

die Winterferien mit harten Strafen

beantworteten. Deutschland müsse die Ruhe bewahren, um den letzten Rest von Ordnung aufrechtzuerhalten.

Nach der Urteilsbegründung veränderte der Vorsitzende noch den Gerichtsbeschluss, daß die von der Verteidigung gestellten Haftentlassungsanträge abgelehnt worden seien. Auch von einer Strafsaussetzung für die Angeklagten könne zurzeit nicht die Rede sein.

Neues aus aller Welt

Ganz wie in Amerika.

Feuergefecht zwischen Polizei und Verbrecher.

Der vom Amtsgericht Weiden wegen Urkundenfälschung festschuldig verfolgte Maler Bitterli sollte in Leipzig, wo er sich unangemeldet in der Wohnung seiner Ehefrau aufhielt festgenommen werden. Bitterli war als gefährlich bekannt. Er schoß auch alsbald, als die Polizeibeamten Einlass begehrten, verlegte einen Beamten erdblich und konnte zunächst flüchten. Auf der Flucht verlegte er einen zweiten Beamten im Gesicht und einen Polizeihund. Dann versuchte er, sich auf dem Dach eines Nachbargrundstückes zu verfangen. Er kam der Aufforderung, eine Waffe wegzulegen, nicht nach, sondern schoß weiter. Die Polizeibeamten erwiderten das Feuer, und Bitterli wurde schwer verletzt.

Auf und davon mit den Alten. Vor dem Amtsgericht Reichenbach im Culengebirge, wo die Versteigerung eines Bauerngutes stattfinden sollte, erschien kurz vor der Eröffnung des Termins der Besitzer des Gutes und bat um Einsicht in die Akten. Kaum hatte er sie erhalten, als er mit ihnen flüchtete und auf einem Motorrod entkam. Die Versteigerung wurde aber trotzdem vorgenommen.

Bestialischer Mord an einer ganzen Familie. In Dortmund wurden der Ingenieur Eduard Moser, seine Frau und seine Schwiegermutter, die verwitwete Kochmams Frau Opwis, in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Die Leichen sind durch Messerstiche und Schläge mit einem stumpfen Gegenstand in geradezu bestialischer Weise verstümmelt und mit Pfeffer bestreut worden. Die Wohnung glich einem Trümmerhaufen. Auf die Ergründung der Täter ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Attentatsbegründung aus Rache. Die ungarische Bäuerin Julia Habli hatte der ungarischen Polizei Angaben über das Attentat von Via-Torbagg gemacht, die zur Festnahme der Attentäter führen sollten. Jetzt gab sie an ihr Zeugnis aus Rache an ihrem Geliebten, dem Knecht Geza Toth, abgegeben zu haben, um ihn ins Gefängnis zu bringen. Die Habli wurde dem Beschuldigten gegenübergestellt und es kam zu einer aufregenden Szene, während der sie zusammenbrach.

Bunte Tageschronik

Oppla. Der Vermessungstechniker Hoffmann und seine Frau wurden in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Warschau. Unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Eisenbahnattentat in Via-Torbagg wurde in der Nähe von Silesnowice ein Ungar namens Rajos festgenommen. Rajos hatte sich ohne Paß in der Tschechoslowakei aufgehalten und ist von dort nach Polen gekommen.

Aus Sachsens Gerichtssälen.

Schwere Amtsunterdrückung beim Dresdner Postamt 24.

Dresden. Der schweren Amtsunterdrückung angeklagt, stand der in Bitzen geborene Oberlegraphensekretär Edmund Richter vor dem Schöffengericht. Richter hat in den letzten neun Monaten im Schalterdienst des Postamts 24 rund 500 Mark unterschlagen. Seine Verfehlungen verdeckte er durch falsche Buchungen. Sie wurden aufgedeckt, als Richter in Urlaub ging. Einer seiner Kollegen war sogar unwillkürlich in den Verdacht der Täterschaft geraten. Der Angeklagte bezog 400 Mark Gehalt, das für seine dreiköpfige Familie hätte ausreichen müssen. Seine Beleidenschaft löste ihm monatlich 1100 Mark, so daß er sich zuletzt auch am Markelbeinstand seines Kollegen vergreift. Der Vertreter der Anklage bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als äußerst raffiniert. Seine Privatität verbotte mildernde Umstände. Das Gericht verurteilte Richter zu einmonatigen Jahren Gefängnis und erklärte ihn auf fünf Jahre unfähig, ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Tagungen in Sachsen

Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde.

Die 42. ordentliche Tagung der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde, die in Dresden stattfand, wurde eingeleitet durch einen Empfang, den die Stadt Dresden in den Räumen des Rathauses gab. Nach herzlichen Worten der Begrüßung durch Oberbürgermeister Dr. Küll brachte der Vorsitzende, Prof. Stoelcher (Königsberg), der Dank der Gesellschaft für die Gastfreundschaft der Stadt Dresden zum Ausdruck. Wenn auch der Besuch der Tagung durch die Not der Zeit sichtlich gelitten hat, so sind doch zahlreiche Teilnehmer fast aus der ganzen Welt erschienen: aus den Vereinigten Staaten, aus den skandinavischen Ländern und Holland, aus den Ostseestaaten, Polen, Rumänien, Ungarn, Österreich, der Schweiz u. a. m.

Börse • Handel • Wirtschaft

Vorläufig noch keine Börse.

Keine Wertpapiernotizen in dieser Woche. In der Zusammenkunft deutscher Börsenvorstände ergab sich Einmütigkeit darüber, daß nach Klärung der jetzigen Lage — wenn möglich in der nächsten Woche — die Wiedereröffnung der Börsen sobald erfolgen soll. Es wurde dem Berliner Börsenvorstand übertragen, hierüber nach Bülbingen mit den übrigen Börsenvorständen zu beschließen. In dieser Woche findet eine Notiz von Wertpapieren und Devisen an der Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Wertpapieren ist nicht zulässig. Devisenkurse werden in der Reichsbank festgestellt werden. Die Notierungen an der Metallbörse werden am Donnerstag, 24. September, wieder aufgenommen.

Ämtliche sächsische Notierungen vom 23. September.

Esselenbörsen in Dresden, Leipzig, Chemnitz geschlossen. Chemnitzer Produktenbörse. Weizen mt. 214-224, Roggen mt. 204-208, Sandroggen 210-212, Sommergerste 180-190, Wintergerste neu 165-170, Hafer alt 170-180, neu 155-160, Weizenmehl 70 Proz. neu 41,50, Roggenmehl 60 Proz. 33,50, Weizenmehl 11,00, Roggenmehl 10,25, Weizenheu neu lose 5,50, Getreidekroh drahtgerichtet 2,75, Getreidegang: Weizen flau, Roggenmehl fest, alles übrige rubig.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 24. Sept.

Auftrieb: 24 Ochsen, 10 Bullen, 14 Kühe, 47 Kälber, 297 Schafe, 458 Schweine. — Preise: Rinder und Schafe belanglos. Kälber: b) 51-57 (88); c) 44-50 (79); d) 35-42 (69). Schweine: a) 58-59 (73); b) 55-56 (72); c) 52-54 (71); d) 49-51 (71). Lederhänder: 18 Ochsen, 15 Bullen, 33 Kühe, 320 Schafe, 5 Kälber, 58 Schweine. — Geschäftsgang: Schlecht.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 23. September.

Devisenbörse. Dollar 4,20-4,21; engl. Pfund 17,58 bis 17,62; holl. Gulden 169,98-170,32; Danz. 21,92-22,08; franz. Franc 16,58-16,62; schweiz. 82,12-82,28; Belg. 58,63-58,75; Italien 20,48-20,52; schwed. Krone 111,90-112,21; dän. 111,8 bis 112,11; norweg. 111,80-112,11; tschech. 12,47-12,49; österr. Schilling 50,14-50,26; Argentinien 0,97-0,98; Spanien 36,7 bis 36,84.

Produktenbörse. Zurückhaltung herrschte auf beiden Seiten. Das Angebot ist für Weizen ausreichend, doch kaufen die Mühlen auch teilweise zu höheren Preisen, zumal das Weizen mehlgeschäft eine Meinigkeit befeuert war. Roggenmehl lag ruhig. Roggen lag fester bei mäßigem Angebot. Futtergerstlag motter, Braugerste fester.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	23. 9.	22. 9.	23. 9.	22. 9.
Weiz., märk.	213-216	210-213	Weizst. f. Wn.	10,5-10,7 10,6-10,7
vommerisch	—	—	Roggen f. Wn.	9,2-9,5 9,2-9,5
Rogg., märk.	186-188	185-187	Klapp	—
Braugerste	—	—	Leinsaat	—
Sommergerst.	—	—	Erbsen, Wkt.	20,0-27,0 20,0-27,1
Futtergerste	148-155	148-155	fl. Speiseerbs.	—
Wintergerste	—	—	Rutereerbsen	—
Hafer, märk.	134-142	132-140	Feluschulken	—
vommerisch	—	—	Kerndolmen	—
weisprench	—	—	Widen	—
Weizenmehl	—	—	Lupine, blaue	—
per 100 kg	—	—	Wupine, gelbe	—
fr. Verl. br.	—	—	Sorabelle	—
mtl. Sad	26,2-32,2	25,2-28,2	Erbsenmehlchen	11,40 11,40

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten mit der Beilage „Der Landmann“.

Verlag und Druck: Buchdruckerei Arthur Schunk & Co., Verlagsleitung: Paul Rumberg, Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Kästner, für Anzeigen und Reklamen: A. Römer, sämtlich in Wilsdruff.

Ämtliche Verkündung

Ueber das Vermögen des Baugeschäftsinhabers Friedrich Emil Walther Junge gen. Verthold, alleinigen Inhabers der Firma Fr. Emil W. Verthold, in Wilsdruff, Meißnerstraße 261 B (Zentrale in Meißnerstraße) wird heute am 24. September 1931, vormittags 1/8 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Verwalter Gerhard in Wilsdruff wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 9. November 1931 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 21. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 20. November 1931, vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner veräußern oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 9. November 1931 anzeigen. Als Hinterlegungsstelle nach § 129 Abs. 2 Satz 1 der Konkursordnung wird die Bezirkskasse Wilsdruff bestimmt. K 8/31. Das Amtsgericht zu Wilsdruff.

Achtung! Infolge des regnerischen Wetters am Kirchweih-Sonntag und Montag werden die **Veranstaltungen zur Kleinkirmes (Rasseldude)** auf dem Schützenplatz in Wilsdruff am Sonntag, den 27. September auf Montag, den 28. Sept. ausgedehnt. Montag abend veranstalten die Herren ein großes Feuerwerk. **Privat. Schützen-Gesellschaft Wilsdruff.** **Inferieren bringt Gewinn!**

Oekonomia Grumbach

Sonntagabend, den 26. September 1931 im Gasthof Grumbach

Feiner Ball

Sierzu ladet ergeht ein der Vorstand.

Seilerwaren

Seile und Leinen
Spez. Wäscheleinen
Turngeräte, Hängematten
Angelhaken, Angelschnuren
Bindgarne • Garbenbänder
Techn. Öle, Fette, laRiemenwachs
Staufer-, Leder- und Wagenfette
Bürsten und Besen

kaufen Sie preiswert bei

Richard Schneider
Seilmeister Fernsprecher 121

Pa. Irisch. Weißstückkalk

eingetroffen.

Baumpfähle

gebrauchsfertig, Stück 50 Pfg., bei Abnahme größerer Posten besondere Vereinbarung, empfiehlt **Arno Träger, am Bahnhof Röhrsdorf** Post Dresden-A. 28 Land, Telefon Wilsdruff 140

Statt Karten!
Für die überaus zahlreichen Beweise inniger Teilnahme, Liebe und Verehrung durch Wort, Schrift und den herrlichen vielen Blumenschmuck sowie das zahlreiche ehrende Geleitzu letzten Ruhe unseres innig geliebten Gatten und Vaters

Herrn Kaufmann
Friedrich Max Berger
sprechen wir hierdurch allen unseren **herzlichsten tiefempfundenen Dank** aus

In tiefster Trauer
Helene Berger
Käte Mende geb. Berger
Wolfgang Mende

Wilsdruff, den 24. September 1931

Empfehle ab heute meine prima **selbstmarinierten Heringe**, feinste **Bücklinge u. geräucherte Heringe**, **Bratheringe**, **Russische Sardinen**, **Rollmöpfe**, **Fisch- u. Fleischsalat**, **Oelfardinen** Dose von 25 Pfg. an **Hugo Busch**



Original Ostpreussisch-Holländer und Ostfriesisches Zucht- und Aufzucht

Wir treffen am Donnerstag abend wieder mit frischen Transporten bei uns ein und stellen ab Freitag, den 25. September eine große Auswahl hochtragender und frischmelkender Kühe u. Kälber sowie Jungvieh in allen Größen zu ganz besonders vortheilhaften Preisen zum Verkauf und Tausch gegen Schlachtvieh. Wir erbitten unverbindliche Besichtigung.

Hainsberg i. Sa. Emil Kästner & Co. Fernsprecher Freital 296 **Kaufen Sie bei unseren Inferenten!**

Tagespruch.

Nicht Wünsche, noch Seufzer, noch Sehen,
Kein Himmelan siehender Blick,
Kein Opfer von blutigen Tränen,
Kaufst eine Minute zurück. M. v. Sedendorf.

Werbung für heimische Erzeugnisse.

Deutsche Woche für deutsche Arbeit.

Das deutsche Volk sollte schon die bittere Not der Gegenwart zur Befähigung darauf zwingen, daß jeder Einkauf deutscher Waren — und sei es auch der kleinste — deutscher Arbeit neue Verdienstmöglichkeiten schafft, jeder Einkauf ausländischer Ware statt dessen fremden Kräften Arbeit und Brot gibt. Jede überflüssige Einfuhr von 6000 Mark Industriewaren oder von 2250 Mark Nahrungsmitteln macht eine deutsche Familie ein Jahr lang arbeitslos. Diese Tatsache kann angesichts der ständig steigenden Millionenzahl der Arbeitslosen gar nicht oft genug in das Gewissen des deutschen Volkes eingedrückt werden. Gewiß ist im letzten Jahre die Einfuhr nach Deutschland nicht unwesentlich zurückgegangen, aber auch im ersten Halbjahr dieses Jahres sind noch immer aus dem Auslande für 63 Millionen Mark Gemüse, 76 Millionen Mark Obst, 138 Millionen Mark Südfrüchte, 112 Millionen Mark Butter, 33 Millionen Mark Käse, 95 Millionen Mark Eier, 15 Millionen Mark Wein, 11 Millionen Mark Leder und Wäsche, 14 Millionen Mark Schuhwerk und Lederwaren, 33 Millionen Mark Pelze und Pelzwaren, 21 Millionen Mark Möbel, 6 Millionen Mark Kinderspielzeug bezogen worden. Diese Beispiele sind ein rufer Appell an die deutschen Verbraucher, die ja zugleich fast ausnahmslos in irgendeiner Form auch Erzeuger sind, sich also durch falsche Einkaufspolitik in das eigene Fleisch schneiden. Die Millionenzahlen überflüssiger Einfuhr beweisen zur Genüge, welche weite Verletzungsfläche die Werbekampagne der Deutschen Woche hat.

Es ist daher außerordentlich erfreulich, daß, nachdem im Jahre 1930 die Deutsche Woche in Halle einen sehr beachtlichen Erfolg gehabt hat, in diesem Jahre sich zahlreiche Länder und Provinzen entschlossen haben, diesem Beispiele zu folgen. In der Provinz Sachsen werden in diesem Jahre in etwa 40 Städten in der Zeit vom 27. September bis 4. Oktober Deutsche Wochen veranstaltet werden. In München wird das Oktoberfest zu einer gleichen Veranstaltung ausgenutzt werden. In Würtemberg hat sich ein Arbeitsausschuß für deutsche Ware gebildet, der auch die Deutsche Woche organisieren soll. Die Vorbereitungen in Thüringen sind in einer Reihe größerer und kleinerer Städte bereits eingeleitet. Für den Freistaat Sachsen besteht ein Arbeitsausschuß in Dresden. In den großen Verbraucherkäufen des sächsischen Industriegebietes bringen alle Kreise der Deutschen Woche das denkbar größte Interesse entgegen. Für Anhalt hat sich ein Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Werbung für den Verbrauch inländischer Erzeugnisse mit dem Sitz in Dessau gebildet. In ungefähr 30 Städten der Provinz Brandenburg werden bereits die Vorbereitungen für die Deutsche Woche getroffen. Für die Bezirke Kassel, Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwed. und Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe und Lippe haben sich Arbeitsgemeinschaften zur Abhaltung der Deutschen Woche zusammengeschlossen. In Braunschweig findet Mitte Oktober eine Deutsche Woche statt. Innerhalb der Provinz Westfalen halten gleichfalls eine größere Reihe von Städten eine Deutsche Woche ab.

Die Mitarbeit aller Wirtschaftskreise und aller Bevölkerungsschichten ist in der heutigen Notzeit unerlässlich, um die Deutsche Woche 1931 zu dem zu gestalten, was sein soll: eine planvolle Werbung für die heimischen Erzeugnisse zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft.

Reichsgerichtspräsident a. D. Simons 70 Jahre.

Der ehemalige Reichsgerichtspräsident Professor D. Dr. Walter Simons begeht am 24. September seines 70. Geburtstags. Dr. Simons, ein Sohn des Niederrheins (Eberfeld länderte in Strassburg, Leipzig und Bonn Geschichte, Philologie und Jurisprudenz. Nach beendigtem Universitätsstudium trat er zunächst in den Justizdienst und kam nach richterlicher Tätigkeit in verschiedenen Teilen des Reiches als Rat in das Reichsjustizamt. Im Jahre 1911 übernahm Simons die Leitung der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes. In den nachfolgenden Jahren trat er in zahlreichen bedeutungsvollen internationalen Konferenzen als Vertreter Deutschlands auf. Als Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt hat er auch an den Beratungen in Brecht-Litovsk teilgenommen. Auf Wunsch des damaligen Reichskanzlers, Prinz Max von Baden, übernahm er unter Wahrung seines politischen Standpunktes am 9. November 1918 die rechtliche Führung der Reichskanzlei. Nachdem er im Dezember 1918 zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt ernannt worden war, wurde ihn



die Vorbereitung der Friedensverhandlungen übertragen. Später wurde er als Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation zugeteilt. Am 21. Juni 1919 erbat Simons seinen Abschied wegen der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages.

Nachdem er vorübergehend die Leitung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie übernommen hatte, wurde er im Juni 1920 als Minister des Auswärtigen in das Kabinett Fehrenbach berufen. In dieser Stellung vertrat er Deutschland auf der Konferenz in Spa (1920) und auf der Londoner Konferenz 1921. Hier erklärte er die Vorschläge der vorangegangenen Pariser Konferenz für unannehmbar. Seine Gegenvorschläge wurden abgelehnt. Nach einem erfolglosen Appell an den Präsidenten Harding trat Simons mit dem Kabinett Fehrenbach am 4. Mai 1921 zurück. Im Juli 1922 wurde er zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannt und durch besonderes Reichsgesetz vom 10. März 1925 als solcher mit der Stellvertretung des Reichspräsidenten beauftragt. 1927 wurde er auch zum Professor für Völkerrecht an der Universität Leipzig ernannt. Als die Reichsregierung gelegentlich des Anspruchs Badens auf einen freigewordenen Sitz im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die Entscheidung des Reichsgerichtshofes vorgriff, sah Simons dies als eine Brüstung des Staatsgerichtshofes an und legte sein Amt als Reichsgerichtspräsident nieder.

Seine vielfältigen außerberuflichen Interessen führten ihn u. a. zu intensiver Mitarbeit auf dem Gebiete des religiösen und kirchlichen Lebens. Dr. Simons ist einer der bekanntesten und im Auslande angeesehenen deutschen Mitarbeiter der internationalen kirchlichen Einigungsbewegung und gehört seit dem vergangenen Jahre der obersten Vertretung des deutschen Protestantismus, dem deutschen evangelischen Kirchenausschuß, an.

Gehälter und Pensionen.

Ein christlichsozialer Antrag.

Die Christlichsozialen erfordern in einem Reichstagsantrag die Regierung um sofortige Vorlegung eines beschrifteten Gesetzentwurfs oder um Erlass einer beschrifteten Roterordnung, wonach in Erweiterung der Roterordnung vom 26. August d. J. ab 1. November 1931 u. a. von den Roterordnungen des öffent-

lichen Rechts nicht höhere Gehälter als die der Reichsminister ausgesetzt werden dürfen. Auf den Reichspräsidenten und den Reichskanzler soll diese Bestimmung keine Anwendung finden. Außerdem sollen Pensionen 12 000 Mark nicht überschreiten dürfen.

Beratungen der Landvolkpartei.

Reichstagsantrag gegen Steuerprivilege. Im Reichstagsgebäude tagte der Parteivorstand der Deutschen Landvolkpartei gemeinsam mit den Landvolkfraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags. Es fand eine allgemeine Aussprache über politische und wirtschaftspolitische Fragen statt, an der sich auch Reichsernährungsminister Schiele beteiligte.

Im Reichstag wurde von der Fraktion des Deutschen Landvolks ein Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, daß Steuerprivileg der gewerblichen Betriebe der öffentlichen Hand mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Keine Katastrophensimmung — keine Durstgefahr

Sievering vor den leitenden Verwaltungsbeamten Preußens

In Berlin fand im Ministerium des Innern eine Konferenz der preussischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten statt. Die Konferenz wurde mit einer Rede des Ministers Sievering eröffnet, in der dieser etwa folgendes ausführte: Die radikalen politischen Flügelparteien versuchen, aus der Sparmaßnahmen der Regierung Kapital zu schlagen. Trotzdem ist alles Verede von bevorstehenden Wutischen arundlos. Ein offener Putich würde durch die Nachmittel des Staates sofort niedergeschlagen werden. Aber die täglichen Zusammenstöße schaffen eine Beunruhigung der Öffentlichkeit. Es ist Pflicht der leitenden politischen Beamten, in den Provinzen, Bezirken und Kreisen der Meinung entgegenzutreten, als ob wir hier vor dem Augenblick ständen, in dem die eine oder andere radikale Partei vor der Übernahme der Macht im Staat stände. Wir müssen beweisen, daß die Staatsgewalt unerschrocken vorhanden und bereit ist. Wir müssen auch dem übertriebenen Pessimismus entgegenzutreten, daß der Winter das deutsche Volk in eine Katastrophe führen wird.

Im Schluß ging Sievering auf den Besuch der französischen Minister in Berlin ein. Störungen und Kundgebungen aus Anlaß des Besuches seien nicht nur ein Verstoß gegen die Gastfreundschaft, sondern auch ein Verbrechen an der Erfüllung wahrer nationaler Aufgaben.

Die Beamten wehren sich.

Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten.

Der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten hielt in Berlin seinen 20. Verbandstag ab. Der Bundesvorsitzende Flögel nahm für den Deutschen Beamtenbund das Wort. Er bezeichnete es als unbegründet, daß es noch immer Menschen in Deutschland gebe, die die Gehälter, die Pensionen und die Zahl der Beamten

für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich machen.

Diese Menschen, die sich zum Teil als Führer der Wirtschaft bezeichneten, hätten allen Grund, einmal vor ihrer eigenen Tür zu stehen. Flögel fragte, ob denn die deutsche Beamtenenschaft schuld sei an den ungeheuren Preisanlagen der deutschen Wirtschaft, an der falschen Kreditpolitik, an der überführten Nationalisierung und an der starren Preispolitik der Kartelle und Trusts. Würde ein Beamter so wirtschaften, so wäre er längst diszipliniert.

Vor einem großen Streit in U. S. A.?

Lohn- und Gehaltsfürzungen bei 400 000 Personen.

Infolge der schlechten Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten sind verschiedene große Firmen, so die U. S. Steel Corporation, die Bethlehem Steel und andere zu Lohnfürzungen übergegangen. Diese Maßnahme wird vom Präsidenten Hoover auf das härteste gemißbilligt. Der Präsident weist auf das vor zwei Jahren gegebene Versprechen der Wirtschaftsführer bezüglich des Lohnfeiertages hin. Die Direktion der General Motors hat von einer Lohnfürzung abgesehen, dagegen die Gehälter der Angestellten um 10 bis 20 Prozent gekürzt. Als erstes wirklich bedeutendes Unternehmen führte die United States River die Fünfstagewoche bei einer Lohnfürzung um 11 Prozent ein. Von den Lohn- und Gehaltsfürzungen werden insgesamt 400 000 Arbeiter und Angestellte betroffen. In Kreisen des Arbeiterverbandes rechnet man unter diesen Umständen mit der Möglichkeit eines Streiks.



Roman von Fr. Lehne

Urheberrecht durch E. Ademann, Romanzentrale Stuttgart

„Ich bin nicht gewöhnt, Gräfin, daß man mir Bedingungen stellt!“ rief Hanno in rasch erwachtem Unmut; sein heißes Blut kochte. Er hatte die Frau anscheinend doch zu hoch eingeschätzt; er ärgerte sich darüber. „Ich luche mir mein Recht von anderer Seite.“ „Warum so rasch, Graf Hanno? Sehen Sie doch aufmerksam diese Papiere nach! Mein Recht ist sonnenklar! Ich sage dies nicht, um darauf zu bestehen, sondern nur, um Sie davor zu bewahren, sich allerhand Illusionen hinzugeben! Die Herrschaften wissen ganz genau, daß Graf Alexander Reinshagen nur für seine Person verziichtet hatte, nicht aber für Frau und Kinder — denn der Gedanke an eine Heirat hatte ihm immer ferngelegen, bis er mich kennengelernt.“ „und nun sind Kinder da?“ fragte Graf Hanno mit gepreßter Stimme. „Wenn das der Fall war, wäre bei Feindseligkeit alles verloren gewesen! Mit einer kinderlosen Frau dagegen hätte man sich doch leichter einigen können.“ „Ja, Graf, eine Tochter! Und wenn Graf Hanno diese Tochter heiratet, seine Kusine, die Komtesse Reinshagen, ihm also völlig ebenbürtig, verziichte ich für mich und meine Tochter feierlich noch in dieser Stunde auf alle meine Rechte, in die Graf Hanno dann für immer eintritt!“ „Erregt sprang Hanno auf, dunkelrot im Gesicht. „Was verlangen Sie von mir, Frau Tante! Ich treibe mit meiner Person keinen Schacher! Sollte es so weit kommen, pfeife ich auf den ganzen Kram — aber nicht eher, bis ich alles versucht habe —! Gutwillig gehe ich nicht aus meinem Reinshagen.“ „aus Ihrem Reinshagen, Graf Hanno?“ betonte Angela. „Ja, aus meinem Reinshagen!“ rief er ungestüm. „es gehört mir durch meiner Hände Arbeit, durch meine Fürsorge, durch meine Liebe! Wer ein Bagantenleben geführt hat, kann nicht erweisen, wie man mit seiner Scholle verwaschen ist — der kauft sich irgendwo an und fühlt dort sich ebenso wohl wie wo anders! Ich aber, ich kann nur hier gedeihen, wo ich Wurzel gefaßt habe.“ — und wollen mir dennoch nicht ein wenig entgegenkommen, Graf Hanno? Ich bedauere es sehr.“ „Wie alt ist die Tochter Alexanders?“ fragte die Gräfin. „Zwanzig Jahre, Gräfin, ein sehr gut erzogenes Mädchen, und, wie man sagt, eine Schönheit.“ „Und diese Tochter ist mit Ihnen immer auf Reisen gewesen?“ „Sie ist in Deutschland erzogen! Graf Hanno würde sicher sehr glücklich mit der ihm bestimmten Braut werden.“ „Ich verziichte!“ sagte Hanno kurz und kalt. „sparen Sie jedes Wort, gnädige Frau.“ „Ihrem energischen Widerstand nach zu urteilen, scheinen Sie bereits anderweitig gefesselt zu sein, Graf?“ „Sie haben recht, ich habe bereits gewählt; darum muß ich für jeden Vorschlag danken!“ „Aber, Hanno!“ rief die Gräfin entsetzt, „du denkst doch nicht etwa an jene Ebba Lenz?“ „Ich habe nie aufgehört, an Ebba zu denken!“ „Ich bitte dich, Hanno, diese Unmöglichkeit.“ „Nicht so unmöglich wie das, was man von mir verlangt! Ich liebe Ebba.“ Die Gräfin kannte den Trotz ihres Sohnes. Vielleicht würde der aber vergehen, wenn er sich damit Reinshagen verscherzte. Und der Vorschlag der Dame war wohl in Er-

wägung zu ziehen — mit einem Schlag wären alle Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt! „Saben Sie ein Bild von der Tochter Alexanders?“ fragte die Gräfin. „Gewiß, Gräfin!“ Mit einem schwer deutbaren Lächeln überreichte ihr Angela eine Photographie, die sie aus dem Täschchen genommen. „Nein — unmöglich — das — ist doch —?“ murmelte die Gräfin, den Kopf schüttelnd. Aber ihre Augen trogen nicht — sie warf einen beinahe hilflosen Blick auf das ihr undurchdringliche Gesicht ihres Gastes. „Erlaube, Mutter, ich habe ja wohl das erste Recht, das Bild der mir zugedachten Braut zu sehen —“ sagte Hanno ironisch, der Mutter das Bild aus der Hand nehmend. Er sah die Photographie an — sah Angela, die ihm mit einem leisen Lächeln zunickte — faßte sich an die Stirn — „wollen Sie mich zum besten haben, gnädige Frau?“ fragte er heiser. „Scherzt man in solchen Dingen? Oder ist Ihnen die junge Dame so unympathisch, weil Sie so außer sich sind, Graf Hanno?“ „Dann ist Ebba — Ebba — das Findelkind — nein — nein, das ist doch unmöglich.“ „Ebba Lenz —“ rief Graf Reinshagen aufs höchste erstaunt, als ihm von der Photographie Ebbas süßes Gesicht mit dem reizenden, immer ein wenig schmerzlichen Lächeln entgegenrückte — „Ebba Lenz wäre Ihre und meines Bruders Alexanders Tochter?“ Angela nickte mit umflorten Augen. „Ja,“ sagte sie leise. Und sie las auf den erwartungsvollen Gesichtern der drei die gleiche, unausgesprochene Frage: „— wie laßt du dazu, das zu tun, was kein Mensch verstehen kann?“ (Fortsetzung folgt.)

Wintereinbruch in Bayern.

Erster Schnee in München.
In ganz Südbayern ist ein Wintereinbruch erfolgt, wie er in diesem Ausmaß im September seit vielen Jahren nicht mehr erlebt wurde. In bayerischen Allgäu schneite es 24 Stunden lang fast ununterbrochen. Selbst im Flachlande fiel der Schnee in dichten Flocken. In den Bergen liegt der Schnee bis zu einem Meter hoch.
Auf der Arlbergstraße mußte ein Auto aus dem Schnee geschaukelt werden. Das Bild zog scharenweise zu Tal. Der Schaden für die Landwirtschaft ist groß. Über Oberstdorf und Umgebung ging ein Gewitter nieder, das von heftigen Hagelböden begleitet war.
Auch in München fiel Schnee. Die Winterherrlichkeit war hier jedoch nur von kurzer Dauer.

Winter auch im Riesengebirge und im Harz.

Im Riesengebirge hat am letzten Tage des Sommers der Winter begonnen: es hat geschneit. Auf der Koppe und auf dem Kamm lag der Schnee acht Zentimeter hoch. Die Temperatur betrug im Hochgebirge vier Grad Kälte.
Im Harz zeigten der Brocken und die Berge bei Hahnenklee eine geschlossene Schneedecke.

Militärische Sparmaßnahmen in England.

Keine Beschäftigung von Schlachtfeldern mehr.
Das englische Kriegsministerium hat verfügt, daß aus Sparmaßregeln die Pläne von Divisionen und größeren Verbänden im nächsten Frühjahr ausfallen sollen. Die großen Artillerieübungen werden nur alle zwei Jahre abgehalten. In der Ausbildungspläne der Luftwehr wird nichts geändert die zur Verfügung stehenden Munitionsmengen werden jedoch beschränkt. Beschäftigungszentren aller Art nach den Schlachtfeldern von Frankreich und Flandern fallen in Zukunft aus.

85 Zivilisten erhängt.

Gewalttat mexikanischer Soldaten.
Nach einer Meldung aus Mexiko-Stadt verübte eine Abteilung mexikanischer Soldaten in Villa Guerrero im Staate Tabasco eine furchtbare Gewalttat. Die Bewohner des Ortes hatten ihren Bürgermeister erschlagen, weil dieser sich an einem jungen Mädchen vergangen hatte. Der Gouverneur entsandte daraufhin Truppen zu einer Strafexpedition, bei deren Rache die Ortsbewohner stückelten. Die Soldaten holten indessen die Ortsbewohner ein und hängten 85 von ihnen an den Bäumen der Landstraße auf, obwohl der Gouverneur ihnen Schutz für Leib und Leben zugesagt hatte.

Das ausgeflagelte Glückslos.

Tragikomödie um eine Radnahme.
In der Ziehung der Volkswohllosterie ist der Hauptgewinn von 100 000 Mark auf das Los 685 634 nach Breslau gefallen. Es handelt sich dabei um ein Doppellos, das in beiden Abteilungen mit je 50 000 Mark bedacht worden ist. Das Los wurde in Breslau gespielt. Der Gewinner hat sich bis heute noch nicht gemeldet.
Interessant ist die Geschichte dieses Glücksloses. Ende vorigen Monats bestellte ein Auswärtiger bei der Breslauer Kollekte zwei Doppellose und erhielt sie am zweiten September auch durch Radnahme zugeführt. Eines davon war das Glückslos. Der Besteller hatte die erforderlichen 4,65 Reichsmark jedoch nicht zur Hand und bat den Postbeamten, die Radnahme nochmals in acht Tagen vorzulegen.
Als das am 8. September geschah, verteilte der Besteller die Annahme. Die beiden Lose gingen nach Breslau zurück. Zwei Tage später wurde das Glückslos dann von der Kollekte anderweitig in Breslau verkauft.

Kleine Nachrichten

Vier Pfennig Brotverbilligung für Erwerbslose in Berlin.
Berlin. Im Verlauf der in der letzten Zeit unter Vorst von Minister Schiele im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geführten Verhandlungen haben die Vertreter des Germania-Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen, des Verbandes deutscher Brotfabrikanten und der Konjunkturgesellschaft für Berlin und Umgebung für Erwerbslose und sonstige Unterfüßungsgeplagter für Berlin eine Verbilligung des Brotes um vier Pfennig für ein normales 2½-Pfund-Brot angeboten. Von diesem Angebot ist der Stadt Berlin Mitteilung gemacht worden.

Verhaftung eines hohen schweizerischen Beamten.
Gené. Großes Aufsehen hat die Verhaftung des früheren Präsidenten des Genéer Staatsrats und bisherigen Genéer Finanzministers, Morand, erregt, der auch als Mitglied des Schweizerischen Ständerates jahrelang eine ausschlaggebende Rolle in der schweizerischen Politik gespielt hat. Die Verhaftung...

20. Ziehung 5. Klasse 199. Sächsischer Landeslotterie

Ziehung am 23. September 1931.

(Der Gewähr.) Alle Nummern, hinter welchen kein Gewinnbestimmungs steht, sind mit 300 Mark besetzt.

40000	bei Nr. 37260	bei Nr. 37260	bei Nr. 37260	bei Nr. 37260
5000	am Nr. 6429	am Nr. 6429	am Nr. 6429	am Nr. 6429
5000	am Nr. 34290	am Nr. 34290	am Nr. 34290	am Nr. 34290
5000	am Nr. 65658	am Nr. 65658	am Nr. 65658	am Nr. 65658
5000	am Nr. 103330	am Nr. 103330	am Nr. 103330	am Nr. 103330
5000	am Nr. 141982	am Nr. 141982	am Nr. 141982	am Nr. 141982
6000	bei Nr. 37260	bei Nr. 37260	bei Nr. 37260	bei Nr. 37260
6000	am Nr. 6429	am Nr. 6429	am Nr. 6429	am Nr. 6429
6000	am Nr. 34290	am Nr. 34290	am Nr. 34290	am Nr. 34290
6000	am Nr. 65658	am Nr. 65658	am Nr. 65658	am Nr. 65658
6000	am Nr. 103330	am Nr. 103330	am Nr. 103330	am Nr. 103330
6000	am Nr. 141982	am Nr. 141982	am Nr. 141982	am Nr. 141982

german im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Banque de Genéve, in der Morand als Regierungskommissar einen maßgebenden Einfluß im Aufsichtsrat ausübte. Morand, der eine der bekanntesten schweizerischen Persönlichkeiten ist wird qualifizierter Betrag vorgeworfen.

Rohlenausbeugung auf einem Schiff in Brack.
Paris. Im Hafen von Brack ereignete sich an Bord eines Kohlentransportschiffes eine Kohlenausbeugung, wodurch sieben Mann der Besatzung zum Teil schwer verletzt wurden. Das Schiff selbst wurde schwer beschädigt. Die Aufbauten sind größtenteils fortgerissen und mehrere hundert Meter weit gesprengt worden. Einige Tücher der in nächster Nähe der Hafenanlagen gelegenen Häuser wurden durch umherfliegende Eisenmassen in Mitleidenschaft gezogen.

Die Arbeitszeitverfugung in den Reichsratsausschüssen angenommen.

Berlin. Die Vereinten Reichsratsausschüsse beschließen sich mit den Durchführungsbestimmungen der durch die Verordnung vom 5. Juli 1931 der Reichsregierung verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverfugung. Nach längerer Aussprache wurde die Vorlage angenommen.

893	073	905	345	284	213	996	633	621	80867	662	600	708	1000		
096	350	507	609	81000	330	485	856	81946	148	391	1000	773	213		
1000	922	600	145	406	789	997	122	338	506	82455	194	959	084	637	
805	3000	549	329	706	672	482	88661	015	766	1000	991	361	403		
327	750	493	679	684	84074	433	471	1000	175	000	232	577	787		
855819	415	1000	636	469	600	955	176	091	568	489	86303	600			
885	267	503	654	587	214	575	092	87223	600	827	359	1000	068		
2000	558	028	079	891	88993	411	457	600	017	989	605	230	500		
501	2000	264	165	1000	687	500	489	029	006	89456	021	611	247		
580	294	519	457	374	618	1000	297	825							
50119	955	6000	759	057	449	210	1000	344	501	497	600	509			
424	092	025	753	509	701	078	908	1000	91890	723	363	393	181	494	
005	880	943	199	555	1000	010	439	448	99001	341	340	851	963	924	
600	418	463	398	273	887	739	905	777	6000	03772	610	502	337		
947	811	715	600	356	033	600	921	94264	949	876	721	1000	044		
945	384	596	065	195	600	600	05046	217	1000	123	1000	837			
1000	123	797	415	541	037	810	882	371	06904	416	937	087	797		
610	833	387	257	069	600	343	313	450	97259	806	184	576	733	952	
505	874	891	894	542	98908	728	178	055	076	438	643	547	236	299	
974	486	899	735	699	275	2000	2607	1000	517	00011	325	990	900		
842	084	618	459	167	1000	458	712	984	648	909	585	225	443	385	017
100974	287	328	337	716	150	599	609	1000	483	214	101386	672			
307	317	102	1000	055	608	808	102008	107	054	239	051	435	753		
176	600	004	258	045	345	1000	103114	913	848	530	1000	512	245		
509	405	844	890	1000	800	310	255	378	412	508	100154	761	512		
600	555	429	964	1000	671	578	027	909	549	349	500				
105192	697	520	559	790	813	1000	675	1000	038	271	968	867			
600	664	614	614	1000	106291	988	469	600	773	327	929	575	029		
600	107634	793	333	160	018	505	672	307	109	1000	749	319	530		
183	1000	044	092	1000	779	000	108648	249	135	829	639	891			
075	362	600	467	998	709	127	051	868	500	109327	215	845	500		
906	287	600	835	679	100	1000	227	355	585	893	745	961	421	819	
110913	522	438	313	1000	745	859	039	647	600	010	240	565	600		
947	600	655	730	004	11132	1000	062	600	564	1000	307				
112104	1000	054	465	528	171	1000	129	079	1000	422	454	893	838		
483	416	112627	221	413	108	1000	094	280	222	1000	370	988			
129	404	306	394	525	292	110	1000	783	974	114306	774	357	059		
160	442	844	600	784	343	207	996	1000	708	847	179	738	808	447	
546	029	754	115329	1000	809	1000	443	1000	207	878	152	944			
438	551	116226	151	309	479	115	1000	048	828	389	625	867			
117738	646	085	028	1000	807	054	734	555	810	327	097	995			
118410	600	050	096	635	095	1000	014	600	053	337	307	1000	303		
119410	478	715	994	153	878	898	273	829	838	041	1000	627			
120175	430	1000	053	838	600	093	191	707	788	896	935	008	843		
176	904	929	1000	329	058	973	456	773	600	069	1000	121	451	135	
102	599	1000	586	211	056	082	598	1000	390	1000	015	600			
122005	617	850	1000	749	138	389	1000	213	938	340	602	735	033		
600	800	657	438	12325	179	1000	700	246	855	409	119	921	500		
849	178	538	161	955	801	600	540	560	124281	070	466	377	669	878	
172	3000	729	401	600	589	711	222	100	125417	977	3000	605	289		
3000	350	600	901	600	097	3000	274	248	500	423	139	126029			
321	394	521	006	1000	578	891	693	018	1000	720	628	127	446		
014	358	074	600	738	395	797	540	462	531	994	955	144	215	600	
1000	814	638	128881	1000	992	600	142	1000	378	771	642	500			
004	859	137	650	704	062	120679	092	357	159	054	878	898	821	643	
595	600	596	638	927	732	874	717	385	299	600	130773	730	3000		
640	915	306	690	1000	544	701	808	1000	629	800	131153	308			
539	365	893	607	390	801	683	406	132179	458	968	641	685	741	257	
034	015	763	747	873	334	133141	048	1000	629	800	600	701	287		
613	600	150	891	793	027	659	455	690	134044	895	1000	820	552		
624	020	885	306	237	1000	072	333	749	550						
126028	600	829	629	891	600	499	105	915	168	930	729				
136723	1000	885	029	829	161	602	1000	607	600	132715	339				
1000	848	830	887	918	250	910	606	569	511	600	133080	1000	498		
947	326	085	399	639	600	826	004	674	139210	833	883	600	512		
258	345	730	327	877	682	113	464	163	141	414	140447	898	179	878	
282	069	561	224	351	141447	580	975	600	972	600	672	962	6000		
901	308	600	145726	024	228	818	2000	898	321	665	196	244	999		
600	961	177	018	752	143434	742	998	389	170	894	087	213	529		
680	600	620	383	1000	144892	446	758	269	1000	941	271	141			
577	14829	600	450	159	041	242	362	490	600	116	600	340	773		
084	826	930	1000	621	625	1000	099	271	210	146098	060	913	732		
099	366	600	265	816	782	095	490	500	273	762	1000	147504			
1000	268	871	419	941	722	600	350	335	537	710	838	500	187	531	
600	958	1000	032	148489	866	370	921	600	831	756	241	185			
505	001	600	211	271	187	859	149402	935	335	704	259	490	600	831	
150070	802	138	151	337	086	680	500	187	437	1000	058	618	892		
721	265	011	604	151278	881	468	328	600	438	097	244	462	587		
928	538	381	588	153673	312	082	292	2000	931	850	459	597	439		
607	065	011	495	153907	085	388	548	018	585	532	027	600	805		
819	829	847	600												

Die Vermählung der Götter hat in der japanischen Mythologie eine große Rolle gespielt. Die Götter sind in der Regel als Menschen dargestellt, die durch ihre Tugenden und ihre Thaten die Aufmerksamkeit der Menschen erregt haben. Die Vermählung ist ein Fest, das die Einheit der Götter und die Harmonie der Welt symbolisiert. Die Götter sind in der Regel als Menschen dargestellt, die durch ihre Tugenden und ihre Thaten die Aufmerksamkeit der Menschen erregt haben. Die Vermählung ist ein Fest, das die Einheit der Götter und die Harmonie der Welt symbolisiert.

Die Sieblingebäume des Japanners: Die Ohryfantheme

Von Dr. Schreiner



Ohryfanthema (Mintarter)

Die Ohryfanthemen sind in der Regel als Menschen dargestellt, die durch ihre Tugenden und ihre Thaten die Aufmerksamkeit der Menschen erregt haben. Die Vermählung ist ein Fest, das die Einheit der Götter und die Harmonie der Welt symbolisiert. Die Götter sind in der Regel als Menschen dargestellt, die durch ihre Tugenden und ihre Thaten die Aufmerksamkeit der Menschen erregt haben. Die Vermählung ist ein Fest, das die Einheit der Götter und die Harmonie der Welt symbolisiert.

Was sind verjaudete Schornsteine?

Von Dr. Schreiner

Die Schornsteine sind ein wichtiger Bestandteil eines Hauses. Sie sind dafür verantwortlich, die Abfälle aus dem Haus zu entfernen. Wenn sie verjaudet sind, können sie zu Problemen führen. Es ist wichtig, sie regelmäßig zu inspizieren und zu reinigen. Wenn sie verjaudet sind, sollten sie ersetzt werden. Die Schornsteine sind ein wichtiger Bestandteil eines Hauses. Sie sind dafür verantwortlich, die Abfälle aus dem Haus zu entfernen. Wenn sie verjaudet sind, können sie zu Problemen führen. Es ist wichtig, sie regelmäßig zu inspizieren und zu reinigen. Wenn sie verjaudet sind, sollten sie ersetzt werden.

Die Schornsteine sind ein wichtiger Bestandteil eines Hauses. Sie sind dafür verantwortlich, die Abfälle aus dem Haus zu entfernen. Wenn sie verjaudet sind, können sie zu Problemen führen. Es ist wichtig, sie regelmäßig zu inspizieren und zu reinigen. Wenn sie verjaudet sind, sollten sie ersetzt werden. Die Schornsteine sind ein wichtiger Bestandteil eines Hauses. Sie sind dafür verantwortlich, die Abfälle aus dem Haus zu entfernen. Wenn sie verjaudet sind, können sie zu Problemen führen. Es ist wichtig, sie regelmäßig zu inspizieren und zu reinigen. Wenn sie verjaudet sind, sollten sie ersetzt werden.

Ziererei Treues aus Geld und Garten, Stall und Hof, Haus, Keller, Küche und Blumenstimmer

Von Dr. Schreiner

Die Ziererei ist ein wichtiger Bestandteil eines Hauses. Sie ist dafür verantwortlich, die Abfälle aus dem Haus zu entfernen. Wenn sie verjaudet sind, können sie zu Problemen führen. Es ist wichtig, sie regelmäßig zu inspizieren und zu reinigen. Wenn sie verjaudet sind, sollten sie ersetzt werden. Die Ziererei ist ein wichtiger Bestandteil eines Hauses. Sie ist dafür verantwortlich, die Abfälle aus dem Haus zu entfernen. Wenn sie verjaudet sind, können sie zu Problemen führen. Es ist wichtig, sie regelmäßig zu inspizieren und zu reinigen. Wenn sie verjaudet sind, sollten sie ersetzt werden.

Die Ziererei ist ein wichtiger Bestandteil eines Hauses. Sie ist dafür verantwortlich, die Abfälle aus dem Haus zu entfernen. Wenn sie verjaudet sind, können sie zu Problemen führen. Es ist wichtig, sie regelmäßig zu inspizieren und zu reinigen. Wenn sie verjaudet sind, sollten sie ersetzt werden. Die Ziererei ist ein wichtiger Bestandteil eines Hauses. Sie ist dafür verantwortlich, die Abfälle aus dem Haus zu entfernen. Wenn sie verjaudet sind, können sie zu Problemen führen. Es ist wichtig, sie regelmäßig zu inspizieren und zu reinigen. Wenn sie verjaudet sind, sollten sie ersetzt werden.